

GENZ



In Klassenzimmern, auf der Bühne, in Chefetagen, im Film, zwischen Generationen, auf dem Fußballplatz oder an politischen Entscheidungstischen: GENZ berichtet von den Orten, an denen Gleichberechtigung geschaffen wird.



GenZ!

Zwischen Memes und Weltpolitik, Dauerscrollen und Mental Health, Klimakrise und Aktivismus suchen wir als Generation Z Halt in einer Welt, die ständig im Umbruch ist. Doch wir wollen mehr als Sauerteigbrot, Rennräder, TikToks und Siebträgermaschinen.

Bei GENZ steht das Miteinander im Vordergrund, damit mehr zugehört wird. Wir wollen den Menschen und Themen eine Stimme geben, die sonst überhört werden. Denn Demokratie lebt von Vielfalt und politischer Bildung. Deshalb feiern wir die 7. Ausgabe GENZ!

Neben altbekannten Redakteur*innen ergänzen auch neue Nachwuchsdenker*innen unser Team und ermöglichen eine weitere Ausgabe. Der einen oder dem anderen ist schon aufgefallen, bei GENZ hat sich was verändert: Von Quer- zu Hochformat, von Cornelius (ehemaliger Chefredakteur) und Jonathan (ehemaliger Grafiker) zu Felicia, Maraia und Alex ... Die neueste Ausgabe steht unter dem Motto:

We are back, but different.

Aber bitte lasst euch von den Änderungen nicht abschrecken, denn GENZ bleibt immer noch GENZ: politisch überparteilich, religiös unabhängig, demokratisch, meinungsbildend und Interesse weckend. Dabei positionieren wir uns klar gegen jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus und Gewalt. Und das alles natürlich gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg.



Wir wollen neugierig fragen, laut denken und kreativ bleiben, um uns mit den brennenden Fragen unserer Generation auseinanderzusetzen. Dabei klären wir über die Gefahren von Desinformation auf, lassen junge politische Stimmen aus Hamburg zu Wort kommen, nehmen euch mit auf eine Zugfahrt nach Marokko und setzen uns mit den verschiedenen Perspektiven der Gleichberechtigung auseinander. Gleichberechtigung bedeutet, dass alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Identität – die gleichen Rechte und Chancen haben. Dieses Grundprinzip in demokratischen Gesellschaften wollen wir näher betrachten.

Gleichberechtigung wird da geformt, wo unsere Gesellschaft sich selbst erzählt: in Klassenzimmern, auf der Bühne, in Chefetagen, im Film, zwischen Generationen, auf dem Fußballplatz oder an politischen Entscheidungstischen. GENZ bietet durch Interviews mit Expert*innen, eigenen Erfahrungsberichten und fundiertem Hintergrundwissen einen Einblick in diese Orte. Unsere Artikel sollen ermutigen, sich weiter mit den Themen auseinanderzusetzen.

Let'Z get this!

Felicia – Chefredakteurin GENZ
Für die Landeszentrale für politische
Bildung Hamburg

INHALT

01

Editorial

04

Systemfehler Gleichstellung:
Wenn Care-Arbeit Karriere killt
JOHANNA VON KIRCHBACH

08

Gleichberechtigung
beginnt im Kinderzimmer
MARYAM EL OUADHANE

10

Generation Manipulierbar?
TILLMANN IWERSEN

14

„Ich bin nicht-binär, lebe aber in
einer Welt, die das leugnet.“
MATTHIS SELL



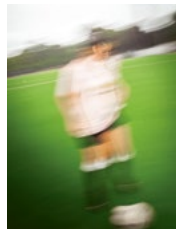
20

Bildung als Schlüssel zur
Zukunft – aber nicht für jede*n?
EIRIK BÖTTCHER



24

Muss sich etwas ändern oder
müssen wir uns ändern? Zwei Stimmen
aus der Welt des Ballsports
CARLOTTA HENSEL



34

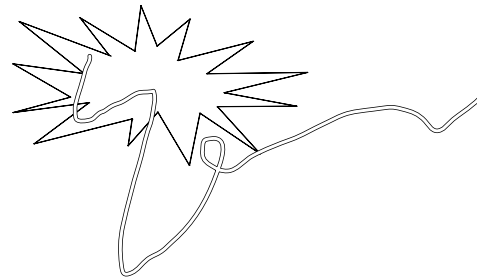
Jung, engagiert, unterschätzt? –
Johanna Koeppen und der Kampf um
Gleichberechtigung in der Politik
HANNAH MEYER

38

Wo ist da noch Platz für Neues?
LISBETH SCHOLZ

44

Fragen an die Landeszentrale
KONRAD GLÖER



46

„Keine Entscheidung ohne uns
am Tisch“ – der Landesfrauenrat
Hamburg e. V. im Porträt
AURELIA SCHÜRMANN

48

Nachhaltig reisen:
mit dem Zug von Deutschland
nach Marokko
LARA WOERNER



52

16 Wörter und ein
Comic-Joke: Die Darstellung
der Frau im Film
CHRISTOPH NIEDERKOFER

56

Interview mit der ehemaligen
stellvertretenden Regierungssprecherin
Christiane Hoffmann
FELICIA HOLTkamp

60

Sind Frauen die besseren
Peacekeeper?
SOPHIA SCHWEIZER

64

Mein Kopftuch, meine Entscheidung –
Muslimische Frauen und der Kampf um
echte Gleichberechtigung
MERAL NUR KATRAN



68

Team

70

Glossar

72

Impressum

SYSTEMFEHLER GLEICHSTELLUNG:

WENN CARE-ARBEIT

KARRIERE KILLT

TEXT: JOHANNA VON KIRCHBACH

„Irgendwann musst du dich dann eben entscheiden: Entweder du machst Karriere oder du gründest eine Familie, so wie ich damals“, sagte meine Oma zu meiner 22-jährigen Schwester, die gerade im dritten Semester Medizin studiert, und biss herzhaft von ihrem Brötchen ab.

Die Blicke, die ich damals mit meiner Schwester austauschte, sind unvergesslich. Hatte Oma das gerade ernsthaft gesagt?

ILLUSTRATION: MARAIA JAKIMOV

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“, lautet der zweite Absatz in Artikel 3 unseres Grundgesetzes. Ein Staat, der Frauen in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen und Ausgangsvoraussetzungen bietet wie Männer – das klingt schon fast zu schön, um wahr zu sein. Ein Blick in die Realität zeigt: Von absoluter Geschlechtergerechtigkeit sind wir noch meilenweit entfernt.

Wir leben im Jahr 2025, rund 80 Jahre nachdem meine Oma geboren wurde – einer Zeit, in der auch Frauen sich mehr und mehr entfalten wollen und zunehmend für ihre Rechte eintreten.

Das Bild einer Frau, die ihre eigenen Bedürfnisse nach Erfolg und beruflicher Anerkennung hintenanstellt, um ihr Leben und ihre Fähigkeiten voll und ganz der Familie zu widmen, ist eigentlich nicht mehr zeitgemäß. Längst übernehmen doch auch viele Männer die Rolle des „Hausmanns“, während die Frau sich beruflich verwirklicht. Oder?

DER SPAGAT ZWISCHEN FAMILIE UND BERUF

Die Worte meiner Oma hatte ich als das Gedanken-gut einer Frau abgespeichert, der von Kind an beige-bracht wurde, dass ihr Job als Frau darin bestünde, den Mann und die Kinder glücklich zu machen – die eigenen Bedürfnisse kämen immer zuletzt.

Doch leider sind das Werte, die unsere Gesell-schaft teilweise immer noch prägen: Im Rahmen einer Umfrage des Marktforschungsinstituts „Appi-nio“ wurden 622 im Büro tätige Frauen im Alter von 18 bis 54 befragt, „(...) wie sie ihre Karrierechancen mit und ohne Kind betrachten.“ Es stellt sich heraus, dass fast jede zweite Mutter in einer Führungsposition die Aussage, die Entscheidung, ein Kind zu bekommen, beeinflusse die Karriere negativ, unterstützt. Doch auch unter Frauen, die bewusst keine Kinder haben, haben 44 Prozent in der Vergangenheit davon abge-sehen, Karriere und Kind zu kombinieren.

Müssen Männer sich diesbezüglich eigent-lich die gleichen Fragen stellen wie Frauen – sprich, ob es ihnen möglich ist, Karriere und Kind gleichzeitig zu haben? „27,4 Prozent der Frauen bzw. 36,4 Prozent der Männer, die aktuell keine Führungsverantwortung tragen, hatten in der Vergangenheit eine Führungs-position inne, aufgrund von beruflichen oder privaten Gründen jetzt aber nicht mehr“, zeigt eine repräsen-tative Studie der Internationalen Hochschule.

Dabei fällt auf: 11,4 Prozent der Frauen geben die Elternschaft als Grund für berufliches Kürzertre-ten an, unter den Männern sind es nur 3,2 Prozent. Es zeigt sich also, dass meine Oma in Teilen sogar Recht hatte, als sie sagte, Frauen müssten sich zwischen Familie und Karriere entscheiden. Doch haben Frauen und Männer wenigstens unabhängig von Familie und Kindern die gleichen Chancen?

GESCHLECHT VS. KAR-RIERE ODER KARRIERE VS. GESCHLECHT?

Vor etwa einem Jahr hatten wir einen „Berufsabend“ an meiner alten Schule, der sich so gestaltete, dass ungefähr 35 Elternteile kamen und in unterschiedlichen Räumen ihre Berufe vorstellten. Zum Schluss hatte ich mich noch mit einer Gynäkologin ausgetauscht, mit der ich im Rahmen dieses Artikels wieder Kontakt aufnahm. Ich erfuhr, dass einige ihrer männlichen Ko-llegen, die sowohl mit ihr gemeinsam studiert als auch das Studium abgeschlossen hatten, mehr als sie ver-dienen würden – das berufliche Level und die Position waren die gleichen.

Ich war geschockt. Kann es wirklich sein, dass Frauen und Männer in derselben oder einer ähnlichen beruflichen Position unterschiedlich verdienen? Kann es wirklich sein, dass der Gynäkologe mehr verdient als die Gynäkologin, mit der er gemeinsam studiert und sein Studium gleichzeitig abgeschlossen hat? Die traurige Wahrheit lautet: „In Deutschland liegt die Ent-geltlücke zwischen Frauen und Männern (...) selbst bei gleicher formaler Qualifikation und ansonsten gleichen Merkmalen (...) [bei] sechs Prozent.“

Der „allgemeine“ Gender-Pay-Gap beträgt in Deutschland sogar ganze 18 Prozent. Als Grund hier-für wird häufig angegeben, dass Frauen oft in eher schlecht bezahlten Sektoren arbeiten würden und deshalb weniger verdienen als die männliche arbei-tende Bevölkerung.

Doch eine im März veröffentlichte Statistik des Centrums für Hochschulentwicklung und des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass gerade in den Studiengängen der „gut verdienenden Sektoren“, wie zum Beispiel Humanmedizin oder Rechtswissenschaf-ten, der Frauenanteil mit 69 Prozent bzw. 59 Prozent besonders hoch ist. Die Aussage, dass Frauen sich für Arbeit in schlechter bezahlten Sektoren entscheiden

würden und deshalb weniger verdienen, ist somit falsch. Ein entscheidender Grund, wenn nicht sogar der entscheidende Grund, ist die unbezahlte „Care-Arbeit“, die in den meisten Familien auf die Frau zurückfällt. Als „Care-Arbeit“ bezeichnet man oft als unbezahlte Tätigkeiten wie Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Kochen, Putzen oder Wäsche waschen. „Laut Zeit-verwendungserhebung 2022 verbringen Frauen im Durchschnitt knapp 30 Stunden wöchentlich mit un-bezahlter Arbeit, Männer knapp 21 Stunden“, lese ich auf der Website des Statistischen Bundesamtes. Das sind rund neun Stunden mehr unbezahlte Arbeit, die Frauen im Vergleich zu Männern leisten.

Die Auswirkungen dieses Problems spiegeln sich spätestens in den Statistiken zur Altersarmut in Deutschland wider: In allen Altersgruppen sind Frauen stärker armutsgefährdet als Männer. In der Alters-gruppe von Frauen über 65 lag die Armutsgefährdungs-quote bei 20,3 Prozent, bei Männern desselben Alters bei 15,9 Prozent. „Die Ursachen für die geschlechts-spezifischen Unterschiede liegen unter anderem darin, dass Frauen insbesondere ab dem 30. Lebensjahr, aber auch im höheren Alter, seltener erwerbstätig sind be-ziehungsweise weniger verdienen“, steht ebenfalls auf der Website des Statistischen Bundesamtes. Frauen arbeiten im Schnitt also rund neun Stunden mehr pro Woche als Männer, sind aber trotzdem abhängiger und stärker von Armut bedroht – besonders im Alter.

DIE LÜCKEN UNSERES SYSTEMS

In den letzten Wochen meines Politik-Gesellschaft-Wirtschaft-Unterrichts habe ich mich intensiv mit den drei grundlegenden sozialstaatlichen Modellen beschäftigt. Dabei fiel mir einiges auf.

Unser deutscher Sozialstaat ist dem konserva-tiven Modell zuzuordnen – sprich, bei uns stehen Ver-sicherungsleistungen im Vordergrund, und es besteht eine starke Verbindung von Lohnarbeit und sozialen Ansprüchen. Das Problem: Frauen, die nicht im Er-werbsleben stehen, werden häufig ausgeschlossen und weniger berücksichtigt.

Im direkten Vergleich dazu haben wir eines unserer europäischen Nachbarländer: Schweden. Der schwedische Wohlfahrtsstaat ist sozialdemokra-tisch geprägt, was sich besonders daran zeigt, dass Gleichheit auf höchstem Niveau angestrebt wird – nicht nur in Bezug auf Sozialleistungen, sondern auch auf Geschlechtergerechtigkeit. 78 Prozent der Frauen in Schweden sind erwerbstätig, und nahezu die Hälfte der schwedischen Arbeitskräfte sind Frauen.

Neulich fragte mich meine Oma am Telefon, ob ich schon wisse, was ich später einmal machen wolle. „Am liebsten etwas, das es mir ermöglicht, zu reisen und die Welt zu entdecken“, erwiderte ich. Sie hielt kurz inne und fragte dann besorgt: „Und wer kümmert sich dann um die Kinder, wenn du beruflich unterwegs bist?“

Hätte sie mir diese Frage auch gestellt, wenn ich ein Mann wäre? Vermutlich nicht. Genau deshalb müssen wir darüber sprechen. Darüber, dass Frauen sich immer noch rechtfertigen müssen, wenn sie ihre Karriere in den Vordergrund stellen – während es bei Männern als selbstverständlich gilt. Vor allem aber darüber, wie echte Gleichberechtigung den Grundstein für eine gerechtere Gesellschaft legen kann und was wir alle dafür tun können. Für mehr Gleichberechtigung.

GLEICHBERECHTIGUNG BEGINNT IM KINDERZIMMER

TEXT: MARYAM EL OUADHANE

329.453 Kinder leben nach der letzten Zählung des Statistikamts Nord für das Jahr 2023 in Hamburg. „Wir sollten uns immer vor Augen halten: Die Kinder von heute sind die Gesellschaft von morgen“, betonte die Hamburger Soziologin Sabina Stelzig in einem Interview mit dem „SPIEGEL“. Es ist daher wichtig, beim Thema Gleichberechtigung auf diese große Gruppe zu schauen. Neben den großen Organisationen wie dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), Plan International oder dem Deutschen Kinderhilfswerk gibt es in Hamburg viele kleinere Vereine, die sich für Kinderrechte stark machen. Die Vereine „Feine Ukraine“ und „Kids & Welcome“ beispielsweise schaffen durch ihre Projekte Angebote für geflüchtete Kinder. Kids & Welcome bietet in den Hamburger Unterkünften für Geflüchtete feste Kinderprogramme an. Im Gespräch mit GENZ erzählt Simone Will, Mitbegründerin des Vereins und Leiterin des aktuellen Projekts, von ihrer Arbeit.

Um Gleichberechtigung durchzusetzen, braucht es zuallererst Normen, die verbindlich sind – die also durchgesetzt werden müssen und die man sich sonst einklagen könnte. Das wichtigste Regelwerk für die Rechte von Kindern ist die „Kinderrechtskonvention“ der Vereinten Nationen, die 1989 von ihrer Generalversammlung verabschiedet wurde. Die Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen Staaten und gehört heute zu den am meistunterzeichneten Menschenrechtsverträgen überhaupt. Deutschland ist Unterzeichner und hat die Konvention in nationales Recht übernommen. Das sichert Kindern eigene Rechte zu, wie das Recht auf

Leben und persönliche Entwicklung. Diese Rechte haben bislang allerdings den Rang einfacher Bundesgesetze, sie stehen also nicht in der deutschen Verfassung, dem Grundgesetz. Das Deutsche Kinderhilfswerk, der Deutsche Kinderschutzbund und UNICEF Deutschland haben sich als „Aktionsbündnis Kinderrechte“ zusammengesetzt, um sich dafür einzusetzen, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Bislang fand sich hierfür im Parlament nicht die nötige Mehrheit für eine Verfassungsänderung. Auf der Ebene der Bundesländer ist mehr passiert – in der Eingangsformel der Hamburger Verfassung heißt es: „Die Freie und Hansestadt Hamburg achtet, schützt und fördert die Rechte der Kinder“.

Eines der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ist das Diskriminierungsverbot: Die Rechte sollen für alle Kinder gelten und sie sollen davor geschützt sein, z. B. aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder von Merkmalen ihrer Eltern diskriminiert zu werden. Entscheidend ist, ob die Lebensrealität diesem Anspruch gerecht wird. Da Deutschland als Unterzeichner in der Verantwortung steht, muss es regelmäßig über die Umsetzung der Konvention an den UN-Kinderrechtsausschuss berichten. Dieser hat auf der Basis der letzten Berichterstattung 2022 Empfehlungen an Deutschland gerichtet, die verbindlich sind. Der Ausschuss zeigte sich besorgt über die Situation geflüchteter Kinder und sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Erfordert z. B. einen kürzeren Aufenthalt in Unterkünften und eine kinderfreundlichere Ausgestaltung der Unterkünfte sowie des gesamten Asylprozesses.

DIE KINDER VON HEUTE SIND DIE GESELLSCHAFT VON MORGEN.

M. Idris Malik ist Rechtsanwalt in Aachen und hat schon viele Fälle im Bereich von Flucht und Asyl betreut. Er berichtet, dass hinsichtlich der Rechte geflüchteter Kinder der Aufenthaltsstatus entscheidend ist. So gebe es mittlerweile nur wenige Menschen, denen „Asyl“ gewährt werde, da sich das Recht auf Asyl an politisch verfolgte Individuen richte. Die meisten Menschen erhielten stattdessen entweder einen „Flüchtlingsstatus“ nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder den „subsidiären Schutzstatus“; letzterer sei ein temporärer Schutz, der lediglich so lange gelte, bis sich die Situation im Herkunftsland verbessert habe. Erhalten die Eltern einen dieser Status, übernehmen die Kinder ihn automatisch und hätten Anrecht auf die gleichen Leistungen wie andere Kinder in Deutschland. Jedoch dürfen sie in den meisten Fällen nicht in ihr Heimatland reisen.

Tatsächlich, erinnert Malik, gibt es in Deutschland jedoch sehr viele Menschen, die diese Status anstreben, aber noch nicht erhalten haben – ein Asylverfahren kann mehrere Jahre dauern. Die Kinder dürften zwar zur Schule gehen, aber nicht das Land verlassen, womit z. B. Urlaube im Ausland unmöglich würden. Auch haben Asylsuchende grundsätzlich keinen Anspruch auf Kindergeld. Dann gebe es noch die Situation der „Duldung“, von der auch viele betroffen seien. Malik macht den Fall verständlich: „Das bedeutet im Grunde, man will jemanden abschieben, aber es geht nicht, zum Beispiel, wenn jemand keinen Pass besitzt.“ Das habe Folgen für die Lebensrealität der Kinder: „Hier dürfen die Familien nicht ohne Weiteres in eine Stadt umziehen. In den ersten sechs Monaten sind sie sogar verpflichtet, in einer Flüchtlingsunterkunft zu leben. Dort leben die Menschen auf engstem Raum, die Familien meistens in nur einem Zimmer, was den Kindern nicht genügend Schutz bietet, auch vor Missbrauch. Außerdem dürfen die Eltern häufig nicht arbeiten, auch wenn sie qualifiziert sind, was die ökonomische Lage der Kinder beeinflusst.“

Simone Will von Kids & Welcome sieht den Platzmangel in den Unterkünften der Kinder auch als Problem: „Es gibt nicht zu wenig Spielzeug. Ich könnte theoretisch mit Spenden jedes Kind damit ausstatten, aber die Kinder haben in ihrer Unterkunft ja gar keinen Platz.“ Das führe auch zu Konkurrenz und Streit zwischen den Kindern um die im Kinderprogramm angebotenen Spielzeuge. Simone Will berichtet mit Blick auf das besondere Recht auf Bildung: „Wir haben Kinder, die haben nie lesen oder schreiben gelernt, und rechnen entsprechend auch nicht“. Auch motorisch liegen viele der Kinder zurück. Ihr seien bereits „Generationen von Analphabetismus“ begegnet, also Fälle, in denen schon die Eltern der Kinder nie lesen und schreiben gelernt haben. Simone Will beobachtet auch Hierarchien zwischen den Kindern in den Unterkünften, häufig entlang von ethnischen, nationalen oder religiösen Identitäts-

merkmalen. Die Kinder würden dabei gesellschaftliche Konfliktlinien oder althergebrachte Feindseligkeiten reproduzieren. Diese Schilderungen passen zur psychologischen Social Cognitive Theory (SCT) von Kay Bussey und Albert Bandura, die betont, dass Kinder Wissen über soziale Kategorien durch Beobachtung anderer Menschen erwerben. Simone Will nimmt außerdem wahr, dass Kinder, und dabei vor allem die Mädchen, Sorgearbeit für ihre jüngeren Geschwister übernehmen müssen, wodurch sie selbst zu kurz kommen. Daran wird zum einen deutlich, welchen Einfluss Erziehung auf die eigene Wahrnehmung von Gleichberechtigung der Kinder untereinander hat. Zum anderen zeigt das Beispiel der Sorgearbeit von geflüchteten Mädchen, wie auch bei Kindern verschiedene Benachteiligungen miteinander verschränkt sind – hierfür steht der Begriff der „Intersektionalität“. Häufig fehle den Kindern ein Gefühl von Gemeinschaft, weshalb Simone Will zur Stärkung der Gleichberechtigung verbindende Aktivitäten wie Sport vorschlägt,

„DAMIT SICH DIE KINDER ALS TEAM BETRACHTEN.“

Dieser kurze Blick auf die Situation geflüchteter Kinder offenbart, dass für die Gleichberechtigung von Kindern das Gleiche wie für die Erwachsenen gilt: Die Realität hinkt dem Anspruch noch stark hinterher. Diesen Abstand müssen wir dringend einholen, wenn wir positiv in den „Spiegel“ unserer Gesellschaft blicken möchten.



Fotografie: Julia Schumacher



Generation *Manipulierbar?*

*Warum wir für Desinformationen
anfällig sind und wie wir uns vor
ihnen schützen können*

Text: Tillmann Iwersen

Swipe. Blaue Herzen. Swipe. Angriffskrieg auf die Ukraine. Swipe. Kurzer Filmausschnitt mit AI-Erzählstimme. Willkommen auf Social Media im Jahr 2025. Ein Ort, der junge Menschen nicht nur Zugang zu einer unendlichen Fülle an Unterhaltungsmöglichkeiten bietet, sondern auch mitverantwortlich ist für eines der größten Probleme unserer Zeit und unserer Generation: Desinformationen. Darauf aufmerksam machte zuletzt eine Umfrage des Instituts Allensbach aus dem Januar 2025, die von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Auftrag gegeben wurde. Befragt wurden 2.000 Menschen aller Altersklassen zu Themen wie der Corona-Pandemie, dem Klimawandel und dem russischen Krieg gegen die Ukraine. Das Ergebnis: Verschwörungsmythen und Desinformationen sind besonders bei der Generation Z weit verbreitet. Warum das so ist, wo Desinformationen herkommen und was man gegen sie tun kann, hat die stellvertretende Sprecherin der ehemaligen Bundesregierung Christiane Hoffmann im Interview mit GENZ erklärt.

Auf Spurensuche: *TikTok, Instagram und Co.* *als Tatverdächtige*

Versuchen Wissenschaftler*innen Erklärungen dafür zu finden, weshalb junge Menschen besonders anfällig für Desinformationen sind, betonen sie oftmals die Rolle sozialer Medien. Diese sind nämlich nicht nur erster Anlaufpunkt, um sich mit Verwandten und Freund*innen digital auf dem Laufenden zu halten, sondern stehen auch auf Platz eins der am häufig genutzten Informationsquellen junger Menschen.

Und das birgt Gefahren. „Das Geschäftsmodell der sozialen Medien heißt Aufmerksamkeit und Emotionen“, erklärt Christiane Hoffmann. Dieses Geschäftsmodell zeigt sich wohl nirgends so deutlich wie bei dem Internetriesen TikTok. Dessen gigantische Nutzerzahlen und sein fesselndes Format machen es zu einem Nährboden für die schnelle Verbreitung von Fehlinformationen. Kaum verwunderlich also, dass vor allem TikTok-Nutzer*innen besonders empfänglich für Desinformationen sind. Und das kann fatale Folgen haben. Denn die Fake News kommen oft nicht von ungefähr: „Es gibt Kampagnen, vor allem aus dem Ausland“, sagt Christiane Hoffmann, „die gezielt Desinformationen in der deutschen Gesellschaft streuen, um Menschen zu verwirren und ihr Vertrauen in die Demokratie und staatliche Institutionen zu schädigen.“

Warum die Medienwahl für den Grad der Informiertheit so wichtig ist, erklären außerdem drei Wissenschaftler*innen des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in einem 2021 veröffentlichten Artikel. Zum einen werden Beiträge, die zum Beispiel in Zeitungen, dem Fernsehen oder dem Radio erscheinen, eher auf ihre inhaltliche Korrektheit geprüft als Posts in den sozialen Medien. Dadurch wird das Risiko dafür, dass Fehlinformationen in Umlauf geraten, verringert. Dazu kommt das Problem der sogenannten „digitalen Echoräume“ oder „Internetblasen“. So werden Menschen in sozialen Medien viel seltener mit Meinungen konfrontiert, die nicht ihren eigenen entsprechen. In diesen Räumen suchen und finden Nutzer*innen vor allem Nachrichten und Informationen, die den eigenen Perspektiven ähneln; „konträre Sichtweisen“, schreiben die Wissenschaftler*innen, werden hier voneinander

„abgeschottet“. Weil bei traditionelleren Medien die Informationen bereits von anderen Personen, wie beispielsweise Journalist*innen, vorgeordnet werden, ist diese Gefahr hier geringer.

Die Frage danach, welche Rolle TikTok und Co. in unserer Gesellschaft spielen, ist also schon längst nicht mehr zweitrangig. Sie ist viel mehr als das, meint Christiane Hoffmann: „Ich halte die Frage, ob es uns gelingt, die sozialen Medien zu einem demokratischen Informationsraum zu machen, für eine grundlegende Frage für unsere Demokratie.“

Desinformiert und sich dessen bewusst: Lichtblicke und Lösungsvorschläge

Bezüglich der Frage, was wir als Gesellschaft gegen Desinformation tun können, sieht Christiane Hoffmann viele verschiedene Akteur*innen in der Verantwortung. So müsste Medienkompetenz zum Beispiel bereits in der Schule vermittelt werden. Dazu gehöre eine Verankerung in den Lehrplänen und die passende Fortbildung von Lehrer*innen. Auch Familien und Elternhäuser stünden in der Verantwortung, den Umgang mit Informationen zu hinterfragen. In erster Linie ist aber auch jeder und jede Einzelne gefragt, sich das Problem bewusst zu machen und dementsprechend zu handeln. Einsicht ist hier also der erste Schritt zur Besserung. Und diesbezüglich ist die Generation Z älteren Jahrgängen voraus: Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge, die im Februar 2024 veröffentlicht wurde, ist jungen Menschen überdurchschnittlich häufig klar, dass sie es im Internet auch mit Desinformationen zu tun haben. Was aber kommt nach dieser Erkenntnis?

Christiane Hoffmann empfiehlt, Informationen zu hinterfragen und sich zwei essentielle Fragen zu stellen: „Kenne ich die Quelle? Und handelt es sich hier um einen seriösen Absender?“ Bei Informationen, die emotional besonders bewegen, lohne es sich außerdem, die Frage zu stellen, warum das der Fall ist: „Ist das vielleicht etwas, was absichtlich so dargestellt

ist, um mich zu triggern, um damit einen bestimmten Zweck zu erfüllen?“ Um die Korrektheit von Informationen zu überprüfen, könnten auch weitere Mittel hilfreich sein. Zum Beispiel könne man nach einer zweiten Quelle suchen, die vertrauenswürdig ist. Es gäbe aber auch die Möglichkeiten der Faktenchecker, um eine Information von einer verlässlichen Quelle überprüfen zu lassen. Auf der Faktencheck-Plattform „Fakten gegen Fakes“ haben sich beispielsweise Faktencheck-Teams und Forschende zusammengeschlossen. Wem Fehlinformationen im Internet begegnen, dem/der emp-

fiehlt Christiane Hoffmann das Melden der Inhalte an die entsprechende Plattform, vor allem wenn sie Hass und Beleidigungen verbreiten. Aber auch im Privaten könnten wir etwas tun, etwa wenn wir bemerken, dass Verwandte oder Freund*innen Fehl- oder Desinformationen erlegen sind: „Nicht den Mund halten, sondern auch ein Gespräch suchen, das schwierig sein kann, und mit sachlichen Argumenten und vertrauenswürdigen Quellen überzeugen“. „Denn“, das betont Christiane Hoffmann, „wir brauchen als Gesellschaft das politische Interesse und das Engagement junger Menschen.“



Viele Menschen denken bei dem Begriff Geschlecht automatisch an „männlich“ oder „weiblich“. Doch diese binäre Annahme von Geschlecht spiegelt nicht alle Lebensrealitäten wider. Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht in solch einem System repräsentiert wird, nennt man nicht-binär. Doch was genau bedeutet das? Saskia Michalski, Expert*in für queere Themen rund um Geschlechtsidentität, beschreibt es so: „Nicht-binär ist ein Oberbegriff für Menschen, deren Geschlecht nicht nur oder nicht ausschließlich männlich oder weiblich ist.“ Diese Identität könne sich verändern, fließend sein oder konstant außerhalb der klassischen Kategorien liegen. So verweist der Verein Nicht-Binär (Venib) darauf, dass es sich bei der Bezeichnung um einen Sammelbegriff handelt unter dem Geschlechtsidentitäten wie „Agender (sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen), bigender (sich mit zwei Geschlechtern identifizieren), genderfluid (die Möglichkeit einer wechselnden Geschlechtsidentität) und viele weitere Identitäten“ fallen. Für viele bedeutet es, sich selbst endlich erkennen zu dürfen – ohne sich in eine enge Schublade pressen zu müssen.

„Umarmt das Fragezeichen.“

Es ist eure queere

Superpower. wwwer.“

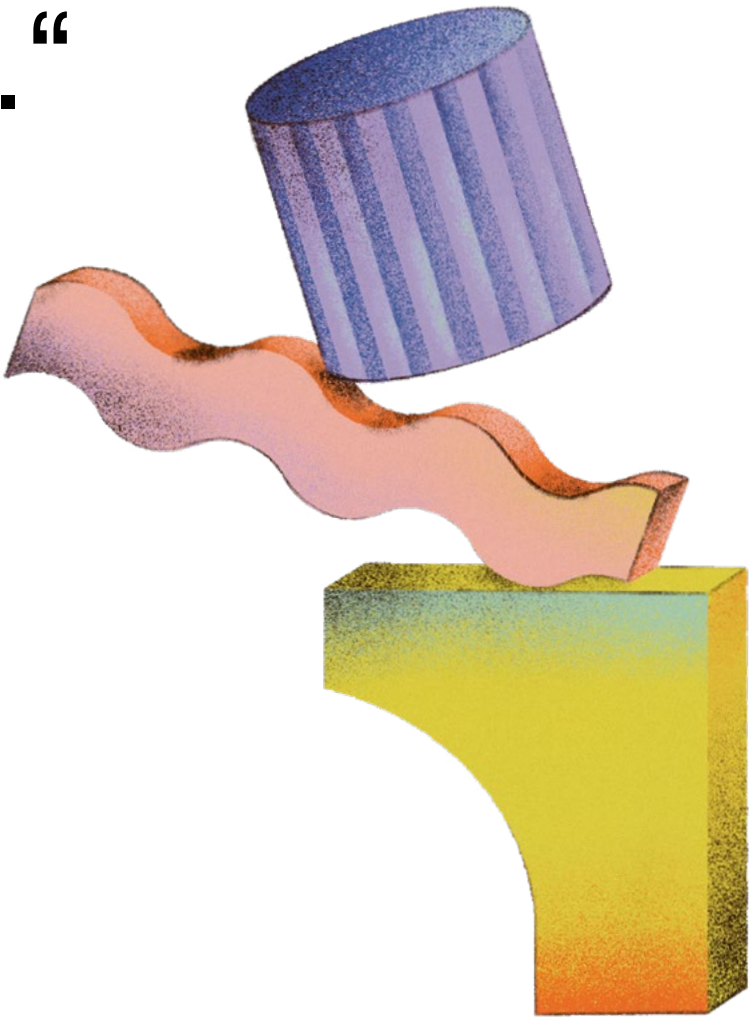
Didine, eine queere Aktivist*in, erzählt: „Diese Entdeckung, dass es ein Wort gibt, eine Idee für das, was ich in mir schon fühle, seitdem ich ein vierjähriges Kind bin – das ist Empowerment pur.“ Laut der „LGBT+ Pride 2021 Global Survey“ von Ipsos identifizieren sich drei Prozent der Befragten in Deutschland als trans, nicht-binär, gender-nonkonform, genderfluid oder in anderer Form abweichend vom binären Geschlechtersystem.

Geschlechtsidentitäten abseits eines binären Geschlechtssystems wirken zwar neu, sind es allerdings nicht. So erklärt der Venib: „Der Begriff nicht-binär kommt vom Englischen non-binary und wurde vermutlich erst in diesem Jahrhundert bekannt. Doch in vielen Kulturen gibt es seit Jahrhunderten mehr als zwei Geschlechter – zum Beispiel die Muxe in Süd Mexiko. Durch Kolonialmächte und die Nationalsozialisten wurde jedoch viel Wissen darüber systematisch unterdrückt oder zerstört.“

Nicht-binär zu sein bedeutet nicht automatisch, alles über sich zu wissen. Viele Jugendliche entdecken ihre Identität erst nach und nach. Didine beschreibt

es liebevoll so: „Umarmt das Fragezeichen. Es ist eure queere Superpower.“ Auch Saskia betont: „Es ist völlig okay, nicht sofort alles zu wissen. Identität ist ein Prozess. Du darfst dich ausprobieren – und auch morgen wieder umentscheiden. Frei nach dem Motto: „Ich bin einfach ich.“ Gerade für junge Menschen ist es wichtig, dass sie sich selbst entdecken dürfen – ohne Druck, sich in Worte fassen zu müssen, und ohne Angst, nicht ernst genommen zu werden. Was dabei hilft? Andere, die zuhören. Lehrkräfte, die nicht lachen, wenn jemand neue Pronomen ausprobiert. Eltern, die fragen, wie ihr Kind genannt werden möchte. Freund*innen, die mitgehen, wenn das erste queere Jugendzentrum besucht wird.

Nicht-binäre Personen werden von der Gesellschaft oft übersehen. In einer Umfrage der European Union Agency For Fundamental Rights (FRA) gaben 51 Prozent der nicht-binären befragten Personen an, in den letzten zwölf Monaten Diskriminierung erfahren zu haben.



So finden sich nicht-binäre Menschen oft in Formularen, Arztpraxen oder im Schulalltag nicht wieder. Ihre Identität wird häufig infrage gestellt – besonders dann, wenn sie nicht sichtbar den gängigen Geschlechterbildern widersprechen. Dabei ist das Gefühl, wer man ist, nichts, das andere beurteilen sollten.

Saskia bringt die täglichen Erfahrungen einer nicht-binären Person auf den Punkt: „Ich bin nicht-binär, lebe aber in einer Welt, die das leugnet. Wenn ich als nicht-binäre Person wahrgenommen werden möchte, muss ich mich 24 Stunden am Tag outen.“ Didine findet außerdem: „Wer kann, soll Präsenz zeigen. Nicht jede queere Person kann sich in der Öffentlichkeit zeigen. Es wäre schön, wenn Gesellschaft, Familien und Dörfer so sicher wären, dass alle ihre Identität tanzend und singend auf den Straßen zeigen könnten.“

Ein besonders wichtiges Thema für nicht-binäre Menschen ist Sprache. Viele nutzen geschlechtsneutrale Pronomen wie „dey“, „xier“ oder einfach ihren Namen. Andere verwenden sowohl „sie“ als auch „er“. Die Wünsche sind verschieden – aber sie verdienen Respekt. Denn typisch männlich oder weiblich konnotierte Pronomen spiegeln nicht die Geschlechtsidentität dieser Personen wider und sind deshalb diskriminierend. „Sprache schafft Realität“, sagt Saskia. „Wenn ich falsch angesprochen werde, fühle ich mich nicht gemeint – oder sogar ausgelöscht.“ Didine ergänzt: „Ich finde, gendergerechte Sprache zu benutzen, ist eines der stärksten und wundervollsten Tools, die uns über die Trans-Community in die Gesellschaft gespült wurden. Es macht Sprache genauer, schöner, besser.“

Auch in der medizinischen und rechtlichen Versorgung zeigt sich, wie wichtig Anerkennung ist. Das Magnus-Hirschfeld-Centrum (MHC), ein Beratungs-, Kommunikations-, Kultur- und Jugendzentrum in Hamburg, berichtet, dass viele Jugendliche in der Beratung mit Fragen zur eigenen Identität, zum Coming-out und zur medizinischen Transition kommen. Dabei stoßen besonders nicht-binäre Menschen auf Hindernisse – etwa bei der Kostenübernahme geschlechtsangleichender Maßnahmen durch Krankenkassen. So entschied das Bundessozialgericht im Oktober 2023, dass Krankenkassen nicht verpflichtet sind, geschlechtsangleichende Operationen für nicht-binäre Personen zu übernehmen.

Positiv ist: Seit dem 1. November 2024 gilt in Deutschland das Selbstbestimmungsgesetz. Damit können Personen ab 14 Jahren ihren Geschlechtseintrag und Vornamen durch eine einfache Erklärung beim Standesamt ändern – ohne medizinische Gutachten oder Gerichtsbeschlüsse. Für Minderjährige unter 18 Jahren ist die Zustimmung der Sorgeberechtigten notwendig. Dieses Gesetz ersetzt das frühere Transsexualengesetz und wird als Meilenstein für die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt bewertet.

Trotzdem bleiben Herausforderungen. So verweist das MHC darauf, dass Verwaltungssoftware in vielen Ämtern oft nur die Einträge „männlich“ oder „weiblich“ erlaubt. Das macht Anträge für nicht-binäre Menschen unnötig kompliziert. Auch im Bildungsbereich gibt es Nachholbedarf – viele Schulbücher und Lehrpläne zeigen nur binäre Rollenbilder. Deshalb stellt das MHC klar: „Es bedarf weiterer Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, um die Akzeptanz und das Verständnis in der Gesellschaft zu erhöhen.“ Umso wichtiger sind Orte wie das MHC und der Venib, die nicht-binäre Menschen und ihre Angehörigen professionell unterstützen. Die Beratung dort ist kostenlos, anonym möglich, vertraulich – und wird oft von sogenannten Peer-Berater*innen angeboten, also Menschen, die selbst ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Themen beim MHC sind unter anderem: Selbstfindung, Coming-out, medizinische Fragen, Diskriminierungserfahrungen oder die Suche nach passenden Ärzt*innen und Therapeut*innen. Auch Eltern, Freund*innen oder Lehrkräfte können sich beraten lassen. „Die Beratung ist ein Ort, an dem Menschen individuell unterstützt werden können“, heißt es vom Centrum.

Allies – also unterstützende Menschen – können viel bewirken. Durch Sprache, durch Haltung und durch Sichtbarkeit. „Allies helfen, indem sie zuhören, Fehler anerkennen und sich weiterbilden – ohne dass wir immer alles erklären müssen“, sagt Saskia. Laut der US-amerikanischen Organisation The Trevor Project sinkt das Suizidrisiko bei nicht-binären und transgender Jugendlichen deutlich, wenn ihr Umfeld auf ihre bevorzugten Pronomen eingeht. Auch kleine Dinge zählen: Buttons mit Pronomen, ein Sticker auf dem Laptop, genderneutrale Begrüßungen wie „Hallo zusammen“ – all das kann zeigen: Du bist willkommen.

Und wenn du selbst gerade auf der Suche bist? Dann gilt: Du bist nicht allein. Es ist okay, wenn du dich nicht festlegen kannst. Es ist okay, wenn du dich veränderst. Und es ist okay, wenn du dir Zeit nimmst. „Queerness entsteht im Miteinander“, sagt Didine. „Du kannst nicht allein queer sein. Such dir Community – online oder in deiner Stadt. Das macht alles leichter.“

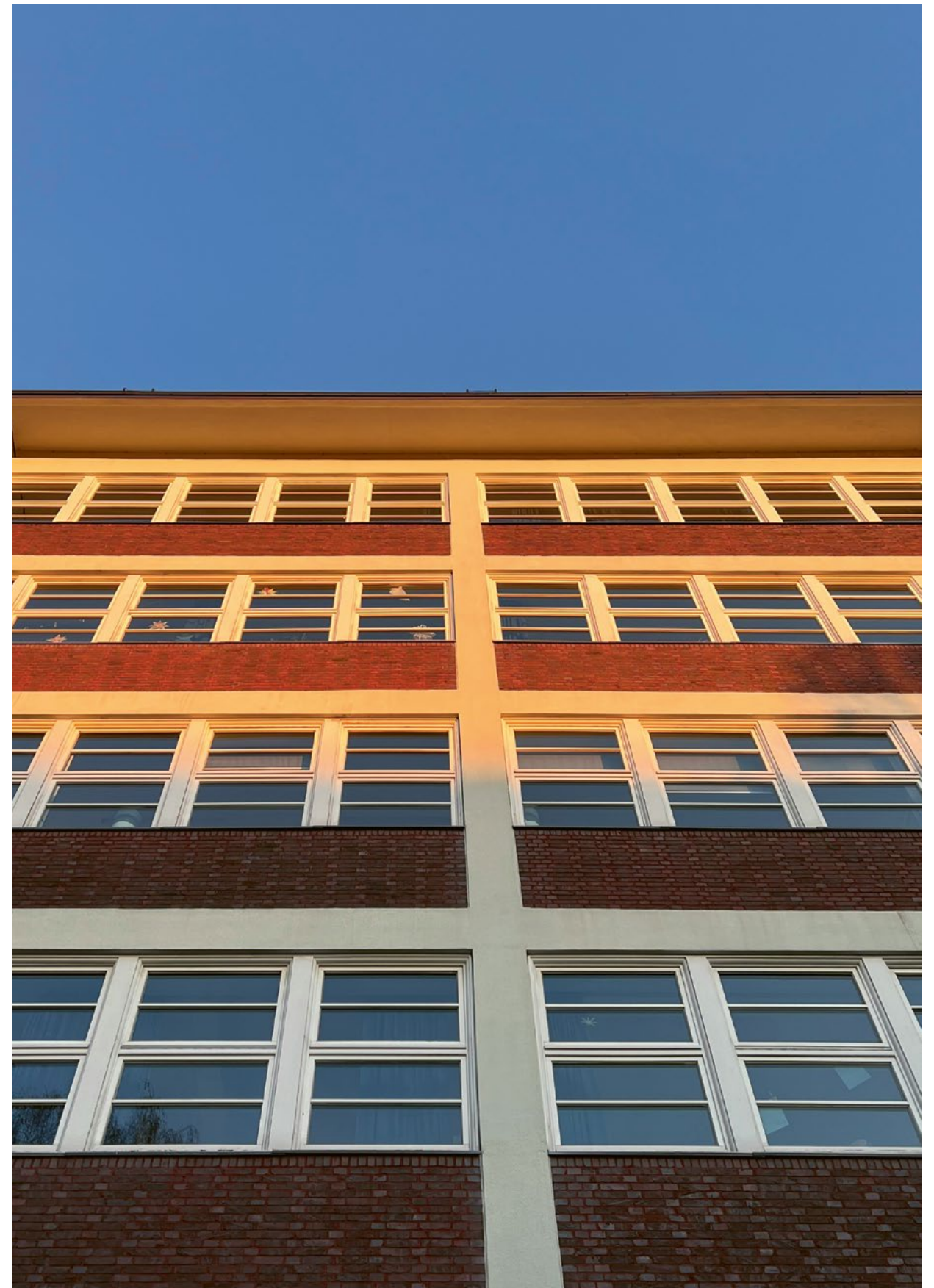


» *Bildung* als Schlüssel zur Zukunft – aber nicht für jede*n?«

Text: Eirik Böttcher

„Bildung ist der Schlüssel, der goldene Türen öffnet“ – sagte George Washington Carver. Geboren in der Sklaverei, wurde er später der erste afroamerikanische Experte, den der US-Kongress zu Agrarfragen anhörte. Carver musste gegen gesellschaftliche Hürden ankämpfen – doch er fand seinen Weg in Wissenschaft und Kunst. Was aber entscheidet heute darüber, wer diesen Schlüssel erhält? Und haben wirklich alle denselben Zugang?

Text — Eirik Böttcher



Gerade die frühe Bildung ist entscheidend. Doch in Deutschland hängen Bildungswege noch immer stark von Herkunft und sozialem Umfeld ab. Der Wohnort, die Schule, das Elternhaus ... all das beeinflusst die Chancen auf weiterführende Bildung und beruflichen Erfolg. Menschen aus bildungsfernen Haushalten oder mit Migrationsgeschichte stoßen dabei oft auf Barrieren. Und auch Kinder mit Förderbedarf stehen vor besonderen Herausforderungen, trotz gesetzlicher Inklusion.

In Hamburg gibt es zwei öffentliche Schulformen: Stadtteilschulen und Gymnasien. Stadtteilschulen sollen als „Schule für alle“ fungieren und Wege zum Abitur ebenso ermöglichen wie zum ersten Schulabschluss. Dabei wird nach zwei Leistungsniveaus benotet – dem grundlegenden (G) und dem erweiterten (E). Während das Gymnasium das Abitur nach zwölf Jahren vergibt, geschieht dies an der Stadtteilschule in der Regel nach 13 Jahren – mit einer einjährigen Vorstufe zur Angleichung. Ziel ist, auch Jugendlichen mit schwierigeren Startbedingungen den Weg zur Hochschulreife zu eröffnen. Die Zahlen zeigen Erfolge: 2023 erreichten in Hamburg 54,1 Prozent des Abschlussjahrgangs das Abitur – bundesweite Spitze.

Doch wie gerecht ist dieses System tatsächlich? Wie gut gelingt es, das Versprechen gleicher Bildungschancen einzulösen – nicht nur auf dem Papier, sondern im Alltag der Schulen? Hinter den Statistiken verbergen sich sehr unterschiedliche Realitäten: Während einige Kinder mit familiärer Unterstützung durch das Schulsystem getragen werden, kämpfen andere mit strukturellen Nachteilen, fehlenden Ressourcen oder sprachlichen Hürden. Gleichzeitig stehen Lehrkräfte vor der Herausforderung, den unterschiedlichen Bedürfnissen ihrer Schüler*innen gerecht zu werden.

Die Debatte um Bildungsgerechtigkeit ist mehr als ein politisches Schlagwort: Sie betrifft die Lebenswege, Schicksale und Zukunftschancen von Millionen Schüler*innen. Was heute in den Klassenräumen passiert, wirkt sich morgen auf unsere Gesellschaft aus. Somit wird es umso wichtiger, genauer hinzuschauen: Wie gehen Schulen mit Vielfalt um? Welche Maßnahmen greifen wirklich, wenn es um die Förderung benachteiligter Gruppen geht? Und wie bewerten Entscheidungsträger*innen aus Politik und Bildungspraxis die aktuelle Lage?

Ria Schröder, Rechtsanwältin und Bildungspolitikerin im 20. Deutschen Bundestag, engagiert sich für gerechtere Bildungswege. Als Schülerin wechselte sie vom Gymnasium an die CJD Christophorusschule Königswinter, eine Schule mit Förderungsschwerpunkt für Hochbegabte.

Die individuelle Förderung, so sagt sie, habe sie geprägt: „Warum bietet nicht jede Schule solche Förderung an?“ Die Schwierigkeit, die richtige Schule für Eine*n zu finden; eine Schule, die Stärken wie Schwächen annimmt und fördert, brachte Schröder in die Bildungspolitik. Im Jahr 2023 erarbeitete sie das Startchancen-Programm mit, das der Förderung von sogenannten Brennpunktschulen dienen soll. „Das große Thema beim Startchancen-Programm ist Bildungsungerechtigkeit. Wir haben einfach ein massives Ungleichgewicht in Deutschland, auch bei der Verteilung von Ressourcen für Schulen.“ Dafür wollen Bund und Länder über zehn Jahre zusammen 20 Milliarden Euro investieren. Geplant ist zum Schuljahr 2026/27 in ganz Deutschland etwa 4.000 Schulen mit dem Startchancen-Programm zu unterstützen, wobei die Investitionen zu 60 Prozent Kindern in Grundschulen zugutekommen sollen. Also der frühen Bildung. Das Programm ruht auf drei Säulen: bessere Ausstattung und Infrastruktur, Investitionen in Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie die Stärkung von multiprofessionellen Teams, etwa Sozialpädagog*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Erklärtes Ziel ist es, den Bildungserfolg unabhängiger von der sozialen Herkunft zu machen. Gerade in Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil, prekären Wohnverhältnissen oder geringer Bildungsnähe im Elternhaus soll das Programm die Grundlage für faire Bildungschancen und echte Talentförderung legen. Schröder fordert: „Mehr Ressourcen dorthin, wo die Herausforderungen größer sind – personell, räumlich, strukturell.“

Michael Kraft ist Schulleiter der Stadtteilschule Walddörfer in Hamburg-Volksdorf, einem gut situierten Stadtteil im Nordosten Hamburgs. Er sieht die Unterschiede von Gymnasien und Stadtteilschulen: „Im Gegensatz zum Gymnasium, das nach der sechsten Klasse eine Umschulung vorsieht, bleiben bei uns alle Schülerinnen und Schüler. Unser Anspruch ist es, eine Schule für alle zu sein. Wir wollen sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler den bestmöglichen Abschluss erreichen.“ Die Stadtteilschule Walddörfer hat einen KESS-Index von 5. Der KESS-Index (KESS = Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern), auch Hamburger Sozialindex genannt, wird seit 1996 für alle staatlichen Schulen in Hamburg erhoben und reicht von 1 bis 6. Schulen in sozial privilegierten Stadtteilen haben in der Regel hohe Werte (z. B. 5 oder 6), während Schulen in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten

Der KESS-Index (KESS = Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern), auch Hamburger Sozialindex genannt, wird seit 1996 für alle staatlichen Schulen in Hamburg erhoben und reicht von 1 bis 6. Schulen in sozial privilegierten Stadtteilen haben in der Regel hohe Werte (z. B. 5 oder 6), während Schulen in sozial schwächeren Gebieten eher niedrige Werte (1 oder 2) aufweisen.

Der Kess-Index

eher niedrige Werte (1 oder 2) aufweisen. Der Faktor entscheidet darüber, welche zusätzlichen Ressourcen eine Schule erhält. Ziel ist die Feststellung der durch das Elternhaus und das Umfeld für die Schüler*innen vorgegebenen Startbedingungen, soweit diese für den schulischen Erfolg relevant sind. Dabei bezieht er neben Einkommen und formellem Bildungsabschluss der Eltern auch Vermögen sowie soziales und kulturelles Kapital mit ein. Schulen mit geringem KESS-Index erhalten mehr Geld für Sprachförderung, Lernförderung und andere unterstützende Maßnahmen. Zudem haben Schulen mit niedrigem KESS-Faktor geringere Klassenfrequenzen, also weniger Schüler*innen in einer Klasse. Das Ziel ist es, benachteiligten Schulen mehr Ressourcen bereitzustellen, um Bildungsgerechtigkeit zu fördern.

Mit der Umstellung von Gesamtschulen auf Stadtteilschulen wurde auch Inklusion neu gedacht. Die Schulen wurden systematisch für Inklusion geöffnet und es wurde festgelegt, wie viele Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen werden sollten. Einige Stadtteilschulen wurden als Schwerpunktschulen für Inklusion definiert, darunter auch die Stadtteilschule Walddörfer. Das bedeutet, dass in jeder Klasse bis zu vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen werden. Dabei ist der individuelle Förderbedarf der Schüler*innen und die Ursache sehr unterschiedlich. Gut ein Sechstel der Schüler*innen einer Klasse sind förderbedürftig. „Das ist eine Herausforderung, die wir als Schule bewusst annehmen. Die Vielfalt in unseren Klassen ist gewollt und entspricht dem Grundgedanken der Stadtteilschule: eine Schule für alle zu sein“, so Michael Kraft. Gerade diese Vielfalt und ein geringerer Leistungsdruck mag Eltern dazu bewegen, ihr Kind

bewusst für eine Stadtteilschule anzumelden und ihm eine inklusive Schulgemeinschaft zu bieten, die es den individuellen Ansprüchen entsprechend für die Zukunft vorbereitet.

Doch auch Kraft kennt die Grenzen des Systems. Soziale Herkunft bleibt ein entscheidender Faktor. Familien mit weniger formaler Bildung wissen oft nicht, welche Möglichkeiten es gibt – oder wie sie ihr Kind unterstützen können. Deswegen ist für Kraft die Gesamtausrichtung seiner Schule entscheidend: „Ich wünsche mir, dass wir uns noch stärker im Stadtteil etablieren. Der Kontakt zu Sportvereinen und anderen Einrichtungen soll noch breiter aufgestellt werden. Wir haben vor Jahren begonnen, selbstständiges Lernen zu fördern.“ Zugleich fordert er, die Debatte nicht auf Digitalisierung zu verengen. Wichtiger sei es, junge Menschen resilient und eigenständig zu machen: „Es geht darum, Jugendliche für ein selbstbestimmtes Leben zu befähigen – auch in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft.“

Bildung bleibt der Schlüssel – aber die Frage ist, ob dieser Schlüssel für alle passt. Der Zugang zu Bildung hängt nach wie vor stark von Herkunft, Schulform und sozialem Umfeld ab. Programme wie das Startchancen-Programm und das Engagement einzelner Schulen zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, Bildung gerechter zu gestalten. Doch echte Chancengleichheit bedeutet mehr als Förderprogramme: Sie verlangt einen dauerhaften gesellschaftlichen Willen, Barrieren abzubauen und individuelle Potenziale zu entfalten. Eine Schule für alle bedeutet nicht, dass alle gleich sind. Es bedeutet, dass alle gesehen werden. Dass jedes Kind – unabhängig von Herkunft oder Beeinträchtigung – die Möglichkeit hat, sich zu entfalten. Bildung kann Türen öffnen. Aber sie muss auch sichtbar machen, dass es diese Türen gibt. Und den Mut stärken, sie zu durchschreiten.

*MUSS SICH
ODER
WIR
ÄNDERN?*



*ZWEI
STIMMEN*

*AUS DER
WELT*



*DES
BALLSPORTS*

*ETWAS
ÄNDERN
MÜSSEN
UNS*



Text: Carlotta Hensel
Fotografie: Jannis Langer

Sollten wir die Frauenfußball-WM einschalten, damit die Quote besser wird? Eine schwierige Frage mit Diskussionspotenzial. Denn gerade im Fußball sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern groß. Dies betrifft nicht nur die Gehälter. Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sport lassen sich auch in anderen Bereichen als der monetären Anerkennung finden. Zu diesen Unterschieden und der Frage, ob sie nach wie vor so ausgeprägt sind, äußern sich zwei Frauen: Jeannie Naomi Wagner und Friederike van der Laan. Beide kommen aus verschiedenen Sportbereichen und erzählen von ihren Projekten und Erfahrungen in zwei Ballsportarten.

Jeannie Naomi Wagner: „Es ändert sich was.“

Jeannie ist nicht nur Instagram-Bekanntheit, hat auf TikTok beinahe eine halbe Millionen Follower und moderiert die Fernsehshow „Dein Song“ auf Kika. Die 26-Jährige, und damit Teil der Generation Z, steht auch regelmäßig auf dem Kunstrasenplatz und kickt für die dritte Frauenmannschaft des FC St. Pauli. Für alle, die denken, dass Kreisliga lediglich eine „Amateurliga“ sei: Punktprämien oder Auflaufprämien sind in manchen Vereinen durchaus möglich – zumindest bei den Männern. Doch trotzdem liebt Jeannie den Sport und sieht ihn als Ausgleich zu ihrem Beruf, auch wenn sie es nicht zu jedem Spieltag schafft. Wenn sie es schafft, ist in vielen Belangen Eigeninitiative der Spielerinnen gefragt, wie Jeannie gegenüber GENZ erklärt: „Alles ist eigener Input. Unsere Trainerin ist eine ehemalige Spielerin, der Co-Trainer ist der Bruder einer Mitspielerin. Unsere Trikots waschen wir selbst und die Anreise zum Spiel planen wir individuell. Mein Vater und mein Ex-Freund, der nur französisch spricht, haben auch schon Spiele gepfiffen, weil kein*e Schiedsrichter*in kam. Das liegt aber nicht unbedingt daran, dass wir Frauen sind, sondern scheint mir eher ein Kreisliga-Phänomen zu sein“, stellt Jeannie lächelnd fest. Kein „Kreisliga-Phänomen“, sondern vielmehr ein „Frauen-Phänomen“ ist es, dass Jeannie jahrelang in abgetragenen Männertrikots gespielt hat. Doch die Zeiten haben sich geändert, erklärt sie. Jeannie kennt zwar die Präsenz, die Männer im Fußballsport haben, erzählt aber auch von einer Entwicklung, die sie zuletzt selbst beobachten durfte: „Ich war als Zuschauerin bei

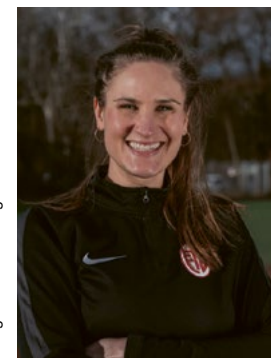
einem Spiel meiner Schwester. Sie kämpft aktuell mit der ersten Damenmannschaft des SC Victoria Hamburg um den Aufstieg in die Regionalliga. Ihr Team hat mit Flutlicht und einem Trio aus Schiedsrichterinnen mit Migrationshintergrund gespielt. Das fand ich sehr schön. Es war ein Spiel, das gezeigt hat, dass der Sport diverser geworden ist. Aber bis das in unserer Kreisliga ankommt, dauert das noch etwas.“

Auf dem Weg zur Professionalität im Frauensport

Das Thema der Professionalisierung des Frauensports, das Jeannie anspricht, ist eine Komponente, die für mehr Gleichberechtigung sorgen kann. Mädchen im Alter von 14 Jahren hören nach Angaben des nationalen Komitees der Vereinten Nationen UN Women Deutschland e. V., das sich für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen einsetzt, doppelt so oft mit dem Sport auf wie gleichaltrige Jungen. Ursachen hierfür seien unter anderem gesellschaftliche Erwartungen und eine unzureichende Förderung von Mädchen im Sport. Den Frauensport fördern: Das hat sich die Volleyballabteilung des Eimsbütteler Turnverbands e. V. (ETV) vorgenommen. Die Volleyball-Bundesliga hat sich wegen Insolvenz und der sportlichen Wettbewerbsfähigkeit der Liga dazu entschieden, einen Blockaufstieg zu gewähren. Friederike leitet den Bereich Kommunikation beim ETV und spricht genau

wie Jeannie davon, dass der Frauensport auf einem guten Weg sei. Auf die Frage, was sich konkret beim ETV verändern wird, erklärt sie: „Natürlich wird alles professioneller. Wir haben eine gute Mischung aus jungen und erfahreneren Spielerinnen, freuen uns aber auch über die eine oder andere Verstärkung mit Bundesligaerfahrung. Ansonsten haben wir ganz andere finanzielle Faktoren bei Heim- und Auswärtsspielen, wie zum Beispiel Hotelübernachtungen. Die ärztliche Betreuung wird intensiviert und es gibt mehr Trainingseinheiten. Auch bei der Eventplanung eines jeden Spiels werden wir versuchen, Zuschauer*innen anzulocken. So spielen wir zum Beispiel die Spitzenspiele in der CU Arena in Neugraben.“

Fotografie: Justus Stegemann





Ob es eine Aufwandsentschädigung oder ein kleines Gehalt für die Spielerinnen geben wird, konnte Friederike noch nicht beantworten. Der Alltag einer Spielerin wird sich jedenfalls verändern. „Wir haben Frauen aus der Gen Z im Team, die noch in einer Ausbildung sind oder studieren. Andere stecken bereits voll im Arbeitsleben. Da individuelle Trainingseinheiten morgens anstehen können, muss geklärt werden, ob das mit dem Studium oder dem Arbeitgeber vereinbar ist. Physiotherapeutisch und medizinisch werden die Spielerinnen präventiv behandelt und sollen auch diese Termine regelmäßig wahrnehmen.“

Dass Spielerinnen eine professionelle Betreuung erfahren, nimmt auch Jeannie im Bereich Profifußball wahr. Zwar ist die 26-Jährige selbst keine Profi-Fußballerin, hat aber mit einigen zusammengearbeitet. Vor ihrer Tätigkeit für den Streamingdienst DAZN hat Jeannie oft Spielerinnen interviewt und Social-Media-Content gedreht. „Die professionellen Frauentteams haben inzwischen ein gutes Trainer*innenteam um sich herum und Unterstützung von Ärzt*innen und Physiotherapeut*innen. Also alles, was man braucht, um gut spielen zu können. Ich hatte auch im Gespräch mit einer Jule Brand und einer Lena Oberdorf, das Gefühl, dass sie genauso professionell behandelt wurden wie die Männer. Wobei ich, wenn ich ehrlich sein darf, nicht wirklich viel mit männlichen Spielern gearbeitet habe.“

Sichtbarkeit als Mittel zum Zweck

Jeannie spricht im Interview nicht nur von der Professionalisierung, sondern auch von Sichtbarkeit. „Die Männer kriegen derweil einfach noch mehr Aufmerksamkeit. Das habe ich bei der EM auf TikTok nochmal gemerkt. Jede*r kannte Florian Wirtz oder Jamal Musiala. Das muss im Frauenfußball auch noch passieren.“

Sichtbarkeit ist ein gutes Stichwort. Im Jahr 2022 betraf nur 16 Prozent der medialen Sportberichterstattung den Frauensport. In den Vereinen, auf dem TV-Screen und auch in den Chefetagen sieht man Frauen seltener. Vor zwei Jahren betrug laut einer Statistik des Deutschen Olympischen Sportbundes der Frauenanteil in Führungspositionen im deutschen Sport lediglich 31 Prozent. Doch was sagen die Zahlen aus? Dass eine Frauenquote in den Führungspositionen der deutschen Sportverbände eingeführt werden sollte?

Friederike hat da eine eigene Meinung zu: „Bei Verbesserungen, die für Frauen gesellschaftlich angestrebt werden, hat man manchmal Zweifel daran, ob das ernst zu nehmen ist, siehe am Beispiel der Frauenquote.

„Die Männer kriegen derweil einfach noch mehr Aufmerksamkeit.“



Da sagen viele Frauen, sie möchten das gar nicht, weil sie sich aufgrund ihrer Qualifizierung durchsetzen wollen. Andererseits zeigen Studien, dass die Quote wirkt. Aufgrund einer Quote werden da schließlich keine Strohpudden hingesetzt, sondern qualifizierte Frauen. Ähnlich ist es bei Female Empowerment im Sport. Das könnte ein Türöffner sein. Denn der Frauensport wird überzeugen. Dass er nicht attraktiv ist, ist ein Vorurteil.“ Doch Sichtbarkeit hat auch etwas mit Interesse zu tun. Wenn etwa 13,86 Millionen Menschen in Deutschland das Finale der Fußball WM 2022 der Männer in Katar und nur circa 5,38 Millionen Deutsche das Finale der Frauen in Sydney im Fernsehen verfolgen, kann das auch bedeuten, dass sich nicht alle Fußballfans gleichermaßen für Frauen- und Männersport interessieren. Jeannie kann das teilweise erklären: „In den Highlight-Videos sieht man bei den Männern öfters hitzige Zweikämpfe oder schönere Laufgänge. Männer unterscheiden sich in der Athletik nach wie vor von Frauen. Aber echte Fußball-

Fanatiker, wie mein Vater einer ist, wissen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen, wer da in den ersten Ligen gerade um den Auf- oder Abstieg kämpft.“

Die Geschichte mit der Leiter

Es geht bei eingangs gestellter Frage auch gar nicht darum, jemanden zu zwingen, sich etwas, was ihn nicht interessiert, anzusehen. Es geht um den Gedanken, ob man beim Frauensport einschalten sollte, um dessen Präsenz zu fördern und so der Gleichberechtigung im Sport etwas näher zu kommen. So kann eine Folge des einfachen „Einschaltens“ sein, dass der Frauensport stärker in den Medien vertreten wird. Durch eine erhöhte Einschaltquote steigen außerdem die Einnahmen durch Werbung und Sponsoren.

Nicht nur durch mediale Präsenz können die gesellschaftliche Wahrnehmung und die Geschlechterrollen verändert werden. Auch Vereine können ihre Infrastruktur umgestalten, um den Frauensport zu fördern, wie es der ETV gerade tut.



In der Infrastruktur gibt es nämlich noch einige Unterschiede, wie eine Wette, die Jeannie in ihrer Zeit bei DAZN, einem Streamingdienst, mit einem Kollegen abschloss, zeigt: „Ich war mit DAZN bei dem Champions-League-Spiel der Frauen – Bayern gegen Paris. Das war in dem Stadion neben der Allianz Arena. Und da habe ich mit einem Kollegen um 10 Euro gewettet, dass ich es schaffe, eine Leiter ins Stadion zu bringen. Habe ich auch geschafft. Im Männerfußball wäre das unmöglich gewesen.“ Der Kollege hat 10 Euro verloren und die Erkenntnis gewonnen, dass sich die Fußballwelten von Frauen und Männern nach wie vor unterscheiden.

Vielleicht kann die Leiter, die Jeannie mit ins Stadion gebracht hat, aber auch als ein Symbol gesehen werden. Als ein Symbol, dass Gleichberechtigung im Sport wie eine Leiter gesehen werden kann, deren Sprossen zwar mühsam erklommen werden müssen, aber dessen Ziel klar ist: Es geht nach oben.

Friederike sieht die erste Volleyballmannschaft des ETVs diese Leiter nun hochklettern. Und auch Jeannie gibt jungen Leser*innen einen Rat, mit dem sie hoch hinaus kommen sollen: „Glaubt an euch. Denkt nicht darüber nach, dass ihr eine Frau seid und deshalb eine Challenge im Leben angeblich nicht meistern könnt. Ich mache das selbst auch so. An sich zu glauben, ist unfassbar wichtig. Sich nicht auf die Benachteiligung konzentrieren. Ich persönlich habe weniger Erfahrungen damit gemacht, und wenn, dann habe ich versucht, nicht wütend zu werden, sondern mich darauf konzentriert, dass alles im Leben ein Prozess ist, an dem wir selbst

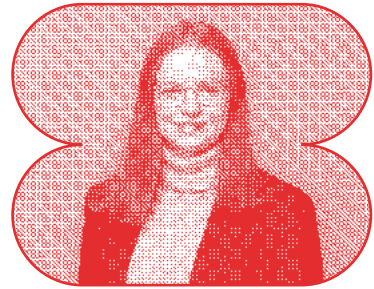
mitwirken sollten. Wir sind die Generation, die Änderungen hervorrufen kann. Wir als Gen Z können für Verbesserungen sorgen.“ Vielleicht geschieht eine kleine Verbesserung schon, indem wir einen verregneten Samstagnachmittag in einer Volleyballhalle oder die Sonnenstunden neben dem Fußballplatz verbringen, denn Sport schauen kann Spaß bringen und die Präsenz fördern – egal, ob er von Frauen oder Männern präsentiert wird.



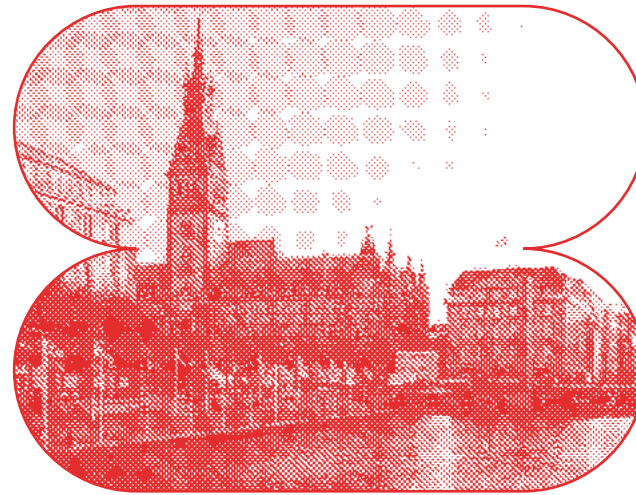
JUNG, ENGAGIERT, UNTERSCHÄTZT?

TEXT: HANNAH MEYER

JOHANNA KOEPPEN UND DER KAMPF UM GLEICH- BERECHTIGUNG IN DER POLITIK



Fotografie: Jan-Niklas Pries



Ein Artikel im Hamburger Abendblatt machte mich auf Johanna Koeppen aufmerksam. Besonders ins Auge sprang mir die Überschrift, in der Taylor Swift und Koeppens Kandidatur für die Bürgerschaft in einem Atemzug genannt wurden – eine ungewöhnliche Kombination, die mich sofort packte. Ihre Geschichte weckte mein Interesse, und ohne lange zu überlegen, schrieb ich ihr. Zu meiner Überraschung kam der Termin für unser Gespräch schnell und unkompliziert zustande. Nach einem langen Arbeitstag trafen wir uns schließlich über Zoom. Die ersten Sekunden unseres Gesprächs waren von einem kleinen, unerwarteten Zwischenfall geprägt – Johanna musste erst ihrem Hund ein quietschendes Spielzeug entreißen. Doch sobald Ruhe einkehrte, konnten wir uns ganz auf unser Gespräch konzentrieren.

Anfangs wirkte Johanna noch etwas unsicher, lachte nervös und hatte Schwierigkeiten, persönliche Fragen zu beantworten. Als ich sie fragte, wie ihre Freund*innen sie beschreiben würden, zuckte sie mit den Schultern: Solche Fragen überforderten sie, sagte sie ehrlich. Doch je mehr wir über politische Themen sprachen, desto selbstbewusster wurde sie. Man merkte, dass sie einen ganzen Wahlkampf lang Zeit hatte, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Sie blieb das gesamte Gespräch über locker und aufgeschlossen. Während unseres Zoom-Calls saß sie in der Küche ihrer Eltern, und ihr Hund, der anfangs für Aufregung sorgte, blieb für den Rest des Gesprächs ruhig.

Diese Mischung aus anfänglicher Unsicherheit und wachsendem Selbstbewusstsein spiegelt das zentrale Thema dieses Porträts wider: die Frage der Gleichberechtigung junger Menschen in der Politik. Johanna steht für eine Generation, die ernst genommen werden will, nicht trotz, sondern wegen ihres Engagements.

Ein Sprung ins kalte Wasser

Mit gerade einmal 18 Jahren kandidiert Johanna Koeppen für die Hamburgische Bürgerschaft – eine Entscheidung, die sie selbst vor einem Jahr noch nicht für möglich gehalten hätte. „Dass ich jetzt mit 18 Jahren bereits kandidiere, war eine Mischung aus Glück und passenden Gelegenheiten“, sagt sie. Doch wer mit ihr spricht, merkt schnell: Ihr Engagement ist kein Zufallsprodukt. Politik ist für Johanna mehr als ein Interesse; sie ist Teil ihres Alltags. Aufgewachsen in einer politisch aktiven Familie, wurde sie früh mit gesellschaftlichen Themen konfrontiert. Ihre Mutter, Martina Koeppen, ist seit Jahrzehnten in der SPD aktiv und seit 2008 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Von ihr hat Johanna gelernt, dass Politik bedeutet, sich für Gleichberechtigung und Chancengleichheit einzusetzen.

Eigentlich hatte sie ganz andere Pläne: Sie wollte Kinderärztin werden. Doch eine Phobie gegen Nadeln und Pflaster machte diesen Traum zunichte. Stattdessen wuchs ihr Interesse für politische Prozesse. Erst studieren, dann in die Politik – so stellte sie sich ihre Zukunft vor. Doch dann kam die Anfrage, ob sie sich eine Kandidatur vorstellen könne. Hätte mir letzten Sommer jemand gesagt, dass ich ein halbes Jahr später realistische Chancen auf ein Mandat in der Bürgerschaft habe, hätte ich es nicht geglaubt. Ich dachte zunächst, dass daraus nichts wird, aber dann wurde es doch konkret.“ Spätestens als sie auf dem Nominierungsparteitag vor Hunderten von Menschen sprach, wurde ihr klar, dass dies kein Gedankenspiel mehr war, sondern Realität.

Politik braucht junge Stimmen

Als junge Kandidat*in trifft sie auf Skepsis – eine Herausforderung, der sie sich bewusst ist. „Ich kann das nachvollziehen. Auch ich habe mich gefragt, ob ich wirklich ernst genommen werde“, gibt sie offen zu. Junge Menschen in der Politik werden oft mit dem Vorurteil konfrontiert, dass sie sich nicht für politische Prozesse interessieren oder nicht die nötige Lebenserfahrung mitbringen, um verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Doch mit jeder Diskussion und jedem Gespräch wuchs ihre Zuversicht. Besonders ein Erlebnis hat sie bestärkt: „Bei einer Veranstaltung sagte mir jemand nach unserem Gespräch: ‚Wir waren skeptisch, aber du weißt, wovon du sprichst.‘“ Solche Momente zeigen ihr, dass Kompetenz wichtiger ist als das Alter.

Ihr besonderes Anliegen: die politische Partizipation junger Menschen. „Wie soll unsere Generation ernst genommen werden, wenn diejenigen, die sich für ihre Interessen einsetzen wollen, gar nicht erst mit am Tisch sitzen?“, fragt sie. Für sie ist klar: Mehr junge Politiker*innen könnten nicht nur eine gerechtere Verteilung der politischen Entscheidungsgewalt bewirken, sondern auch das Vertrauen junger Menschen in die Demokratie stärken.

Fakt ist: Die deutsche Wählerschaft ist überproportional alt. Bei der Bundestagswahl 2025 war jede vierte wahlberechtigte Person älter als 69 Jahre. Während junge Menschen sich immer wieder aktiv in gesellschaftliche Debatten einbringen – sei es durch Bewegungen wie Fridays for Future oder Proteste gegen soziale Ungleichheit –, bleibt ihr politischer Einfluss gering. Es ist paradox: Junge Menschen gehen auf die Straße, engagieren sich in Initiativen, aber in den Parlamenten sitzen vor allem Angehörige der älteren Generationen, die ihre Interessen oft nicht prioritär behandeln.

Diese ungleiche Verteilung der politischen Mitsprache sieht sie als großes Problem. „Es ist wichtig, dass politische Entscheidungen nicht nur von einer Generation dominiert werden, sondern dass alle Altersgruppen gleichermaßen berücksichtigt werden“, betont sie. Dazu gehört für sie nicht nur eine Absenkung des Wahlalters, sondern auch ein grundlegender Kulturwandel in der Politik. Bewegungen wie Fridays for Future haben gezeigt, dass junge Generationen Verantwortung übernehmen und Missstände ansprechen. So führten ihre Proteste unter anderem dazu, dass Klimaschutzgesetze verschärft wurden und politische Debatten über nachhaltige Umweltpolitik weltweit an Relevanz gewannen. Doch statt sie als laute Störer wahrzunehmen, muss man sie als gleichwertige politische Akteure anerkennen.

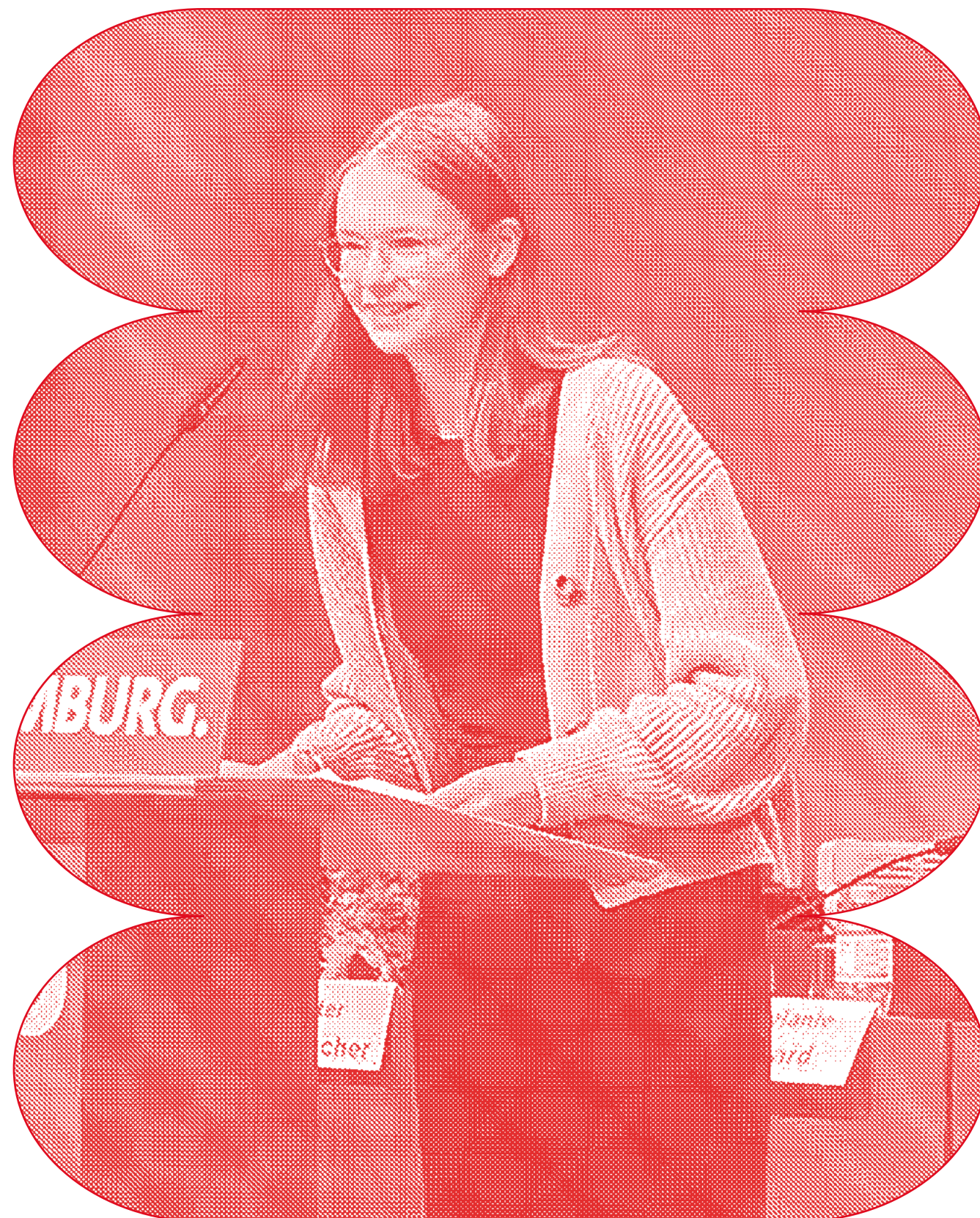
Das Problem der ungleichen Generationenbeteiligung in der Politik ist kein neues Phänomen. Über Jahrzehnte hinweg war die politische Landschaft in Deutschland von älteren Generationen geprägt, die durch ihre Lebenserfahrung, aber auch durch ihre stärkere Präsenz in Parteien und Gremien eine größere Einflussnahme hatten. Gleichzeitig führt dies jedoch zu einem strukturellen Ungleichgewicht: Jüngere Menschen, deren Zukunft durch politische Entscheidungen maßgeblich beeinflusst wird, haben nur eine eingeschränkte Möglichkeit, diese aktiv mitzugestalten. Um hier eine gerechtere Balance zu schaffen, wäre es

notwendig, nicht nur das Wahlalter zu senken, sondern auch die politischen Strukturen zu reformieren, um jüngeren Menschen mehr Mitsprache und Verantwortungsübernahme zu ermöglichen. Ein weiterer Aspekt ist die Notwendigkeit, politische Bildung zu stärken und junge Menschen bereits früh mit demokratischen Prozessen vertraut zu machen. „Darüber hinaus hilft es der Demokratie bereits, wenn im eigenen Umfeld über Politik gesprochen wird und man sich für demokratische Parteien engagiert.“ Schulen könnten eine noch größere Rolle dabei spielen, politische Partizipation nicht nur als Theorie, sondern als gelebte Praxis zu vermitteln. Durch schulische Debatten, Jugendparlamente und direkte Kontakte zu Politiker*innen könnten Barrieren abgebaut und das Interesse an politischem Engagement gestärkt werden.

Sie ermutigt Jugendliche, sich aktiv in die Politik einzubringen – sei es durch Gespräche mit Abgeordneten oder durch den Beitritt in demokratische Organisationen. „Der 17. Jugendbericht zeigt, dass viele junge Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren, weil sie sich nicht repräsentiert fühlen. Wenn junge Menschen der Demokratie nicht mehr vertrauen, ist das eine gefährliche Entwicklung. Deshalb müssen wir besonders diese Jugendlichen überzeugen, dass demokratische Werte schützenswert sind.“

Ein besonders wichtiges Anliegen ist ihr das Jugendmitwirkungsgesetz, das eine gesetzlich verankerte Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen vorsieht. In einigen Bundesländern gibt es bereits ähnliche Regelungen auf kommunaler Ebene, doch ein flächendeckendes Gesetz auf Bundesebene fehlt bisher. Wie realistisch eine Umsetzung in der aktuellen politischen Lage ist, bleibt jedoch eine offene Frage. Koeppen fordert eine gesetzlich verankerte Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen. „Oft wird über Jugendliche entschieden, aber nicht mit ihnen“, kritisiert sie. Ein solches Gesetz könnte dafür sorgen, dass junge Menschen ein verbindliches Mitspracherecht in Ausschüssen und politischen Gremien erhalten, ein wichtiger Schritt, um Gleichberechtigung in der Politik endlich real werden zu lassen.

JOHANNA KOEPPEN



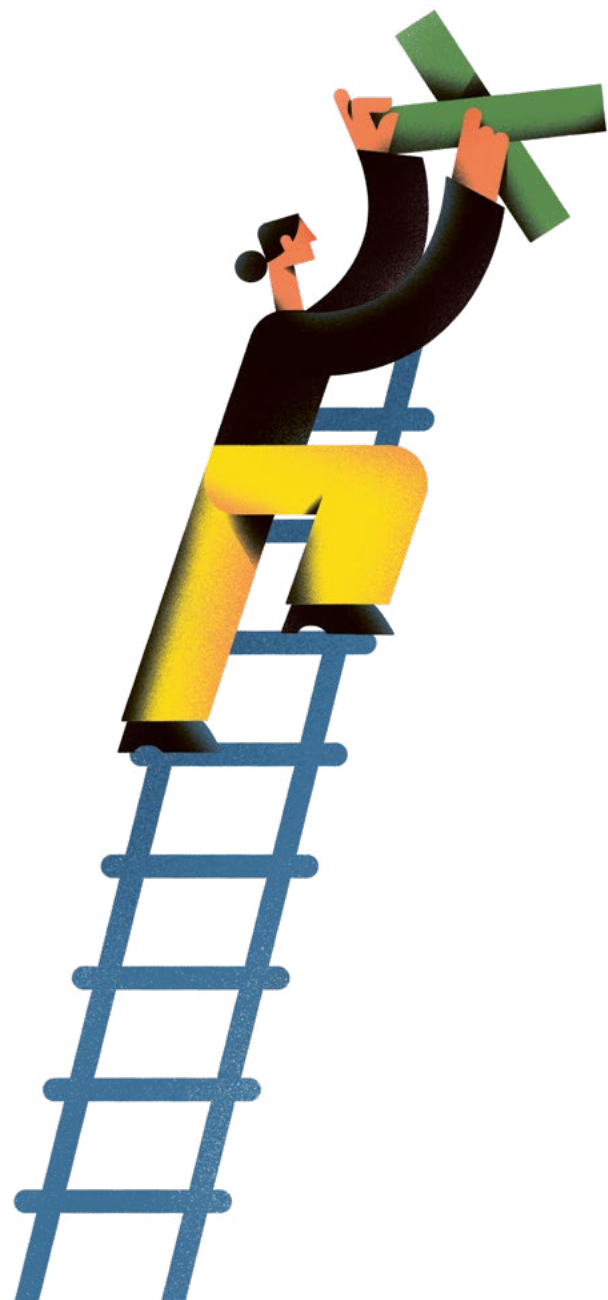


Wo ist da noch Platz für Neues?

Von Vorwürfen, beraubt worden zu sein, bis hin zu Aufforderungen, sie zurückzuerobert: Die Zukunft scheint zu einem umkämpften Territorium geworden zu sein. Kein Wunder, denn sie war vermutlich noch nie so prall mit Altlasten aus der Vergangenheit gefüllt wie jetzt. Der Umgang damit wirft die Frage auf: Was bedeutet eigentlich Gleichberechtigung in der Art, wie wir global und intergenerationell Ressourcen nutzen? Wie entwickeln wir trotz Gestaltungskraft und welche Rolle kann der Ansatz der Zukunftsbildung hierbei spielen?

Text: Lisbeth Scholz
Illustration: Yvonne Krol

„Man bittet, diesen Ort so zu verlassen, wie man ihn anzutreffen wünscht.“ Zugegeben: Das Schild hängt auf der Innenseite einer Toilettentür und bezieht sich auf andere Geschäfte, die wir erledigen. Aber das Prinzip der verantwortungsbewussten Nutzung von Ressourcen begegnet uns im Alltag in unterschiedlichsten Formen: Wenn es zum Beispiel darum geht, die WG-Küche ordentlich zu hinterlassen oder das Toilettenpapier aufzufüllen, damit sich der/die Partner*in nicht ärgert. Auch wenn es genug Gegenbeispiele gibt, scheint das Prinzip, zu dem das Schild oben ermahnt, in der alltäglichen Praxis zumindest theoretisch leicht umsetzbar – insbesondere, wenn ein persönlicher Bezug vorhanden ist und sozialer Druck herrscht. Im Vokabular der sogenannten Spieltheorie, einer mathematischen Methode zur Ableitung rationaler Entscheidungen in Konfliktsituationen, würde man sagen: Der Schatten der Zukunft zeigt seine Wirkung. Gemeint ist damit der Effekt, dass die Sorge vor Konsequenzen in der Zukunft unser Handeln in der Gegenwart beeinflusst. So weit, so einfach.



Schwieriger wird es, wenn ein so unmittelbarer Bezug fehlt und die Folgen des individuellen Handelns außerhalb des Blickfelds der Akteur*innen liegen. Und zwar einerseits im geografischen Sinne, wenn z. B. Konsument*innen von Fast Fashion im Globalen Norden die katastrophalen Arbeitsbedingungen, unter denen die Kleidung im Globalen Süden produziert wird und unter denen die lokalen Arbeiter*innen leiden, nicht mit eigenen Augen sehen können und davon schlichtweg unberührt bleiben. Andererseits im zeitlichen Sinne, wenn bestimmte Generationen gesellschaftspolitische Entscheidungen treffen, ohne dabei die Interessen und Rechte zukünftiger Generationen im Blick zu haben. Die Krux ist nämlich, dass die Personen, die am längsten von bestimmten Entscheidungen beeinflusst werden, zum Zeitpunkt der Entscheidung in den meisten Fällen über kaum bis gar keine Gestaltungsmacht verfügen. Die junge Generation von heute verfügt über keine nennenswerte Lobby, die politischen Druck auf Entscheidungsträger*innen ausüben kann. Und die Generationen von morgen haben noch keine Stimme, um sich entsprechend Gehör zu verschaffen und ihre Interessen zu artikulieren. Umso wichtiger ist es, die Interessen und Rechte zukünftiger Generationen bei weitreichenden Richtungsentscheidungen mitzudenken und als gleichberechtigt zu berücksichtigen. Das politische Gebot der Stunde hierzu ist das der nachhaltigen Entwicklung und meint dabei, die „Bedürfnisse der Gegenwart so zu befriedigen, dass die Möglichkeiten zukünftiger Generationen nicht eingeschränkt werden.“ Richtungsweisend war hierbei außerdem ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021, Klimaschutz im Grundgesetz zu verankern, um die Freiheit und den Schutz zukünftiger Generationen zu sichern. Um diesen abstrakten Bezug besser erfassen zu können, hilft es mir persönlich, mir die Zukunft bildlich als Raum vorzustellen. Dann stellt sich die Frage, wie dieser Raum aussieht, den jetzige und künftige Generationen betreten. Und welche Altlasten aus Vergangenheit und Gegenwart eine selbstbestimmte Gestaltung erschweren – oder sogar verhindern.

Der Begriff Altlasten ist dabei mehrdeutig zu verstehen und lässt sich auf viele Bereiche (ökonomisch, sozial, infrastrukturell etc.) anwenden. Vor allem die ökologischen Altlasten sind beim Betreten des Raumes – um im obigen Bild zu bleiben – allerdings nicht zu übersehen: das verheerende Ausmaß der Umweltzerstörung, des bereits fortgeschrittenen Klimawandels und des drastischen Rückgangs der Artenvielfalt. Besonders anschaulich ist das Beispiel der Umweltverschmutzung.

»Die Moderne ist dreckig – dreckig wie noch keine Zeit zuvor«,

schreibt dazu Prof. Dr. Oliver Schlautdt, Autor des Buches „Zugemüllt. Eine müllphilosophische Reise durch Deutschland“. Erstmals falle in der Natur- und Kulturgeschichte Müll an, der von der Biosphäre nicht mehr aufgenommen werden kann. So treiben nach Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) inzwischen auf jedem Quadratkilometer Meeresoberfläche bis zu 18.000 Plastikteilchen. Als bloße Spitze des Eisbergs sinken die restlichen 90 Prozent zu Boden, wo sie nur sehr langsam zersetzt werden. Eindrücklich ist auch das Beispiel des radioaktiven Atommölls als Hinterlassenschaft früherer Generationen. So lagerten im Jahr 2022 130.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle in deutschen Zwischenlagern, wobei ein starker Anstieg des Atommölls gegen Mitte des 21. Jahrhunderts erwartet wird. Von den hochradioaktiven Abfällen ganz zu schweigen, für die der mühselige, politische Prozess der Endlagersuche noch immer nicht abgeschlossen ist.

Der kurze Abriss verdeutlicht: Der Raum, den jetzige Generationen betreten, ist keineswegs leer, sondern bereits prall gefüllt. Vermutlich war er mit Blick auf die ökologischen Altlasten noch nie so gefüllt wie jetzt und er wird tendenziell immer voller. Das macht nicht unbedingt Lust auf Zukunft. Und doch ist genau das die Vision, die Prof. Dr. Silja Graupe und ihre Mitstreiter*innen dazu bewegt hat, eine eigene Hochschule zu gründen: Die Hochschule für Gesellschaftsgestaltung (HfGG) mit Sitz in Koblenz hat es sich zum Leitbild gemacht – wie der Name bereits vermuten lässt – Studierende zur Gestaltung von Gesellschaft zu befähigen und auf eine lebenswerte Zukunft für alle hinzuwirken. Auf die Frage, wie es gelingen kann, Ohnmacht zu überwinden, antwortet Graupe, es gehe zunächst darum, Ohnmachtsgefühle nicht zu verdrängen, sondern ernst zu nehmen. Hoffnung und damit verbundene Gestaltungskraft könnten nur entstehen, wenn Menschen einen Raum fänden, in dem auch Verletzlichkeit und Unsicherheit Platz hätten. Als Gegensatz zur Ohnmacht bedeutet Hoffnung für sie nämlich nicht, auf ein konkretes Ziel hinzuarbeiten. Vielmehr gehe es um das Vertrauen in die Fähigkeit, gemeinsam mit anderen immer wieder neuen Sinn stiften zu können – unabhängig davon, was geschieht.

Eine „gute Zukunft für alle“ versteht sie dabei explizit als Gegenentwurf zum dominanten Fortschritts-individualismus. Gemeint ist damit der starke Fokus auf persönliche Karrieren, der laut Graupe besonders im Bildungsbereich stark vorherrsche. Stattdessen

müsse es darum gehen, wie Gemeinschaften und Gesellschaften insgesamt zu etwas Gutem gelangen und wie wir kollektive Vorstellungen davon entwickeln, was „lebenswert“ tatsächlich bedeutet. Den Glauben an unbegrenztes Wirtschaftswachstum bezeichnet sie in diesem Zusammenhang als eine der „größten Imaginationsvernichtungsmaschinen“. Erstrebenswert sei hier nämlich lediglich mehr von etwas Abstraktem, also Geld, zu bekommen. Laut Graupe haben wir dabei als Gesellschaft allerdings völlig verlernt, auszuhandeln, was das gute Leben dahinter überhaupt ausmache.

Und genau in dieser Aushandlung kommt der Ansatz der Zukunftsbildung ins Spiel. Dieser meint die bewusste, kreative Auseinandersetzung mit möglichen, wahrscheinlichen und wünschenswerten Zukünften. Er hat zum Ziel, Menschen zu befähigen, die Gegenwart verantwortungsvoll zu gestalten. Graupe versteht Zukunftsbildung als Einladung, das „Reich der Vorstellungskraft zurückzuerobern“. Es gehe darum, sich zu fragen, welches Leben wir ermöglichen wollen, unabhängig davon, ob wir es selbst führen – und dabei eben auch Menschen mitzudenken, die weit entfernt leben oder erst in kommenden Generationen geboren werden. Diese Form von „universellem Mitgefühl“ kann dann mit der individuellen Gestaltungskraft verknüpft werden, die Menschen in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit – im Beispiel von Graupe in ihrer Rolle als Hochschulpräsidentin – zur Verfügung steht. Aus der Vorstellung möglicher Zukünfte sollten so konkrete Handlungsoptionen für die Gegenwart abgeleitet werden können. Es geht also darum, Antworten zu finden auf die Fragen: Wie stelle ich mir eine gute Zukunft für alle vor? Und was kann ich jetzt tun, damit diese Zukunft eintritt?

Klingt, als hätte Zukunftsbildung das Potenzial eines echten Gamechangers. Wenn Geschichtsunterricht in der Schule zum Ziel hat, die Vergangenheit zu lernen, um die Gegenwart besser zu verstehen – wie wäre es ergänzend mit einem Fach zur Zukunftsbildung, um die Gegenwart besser zu gestalten?

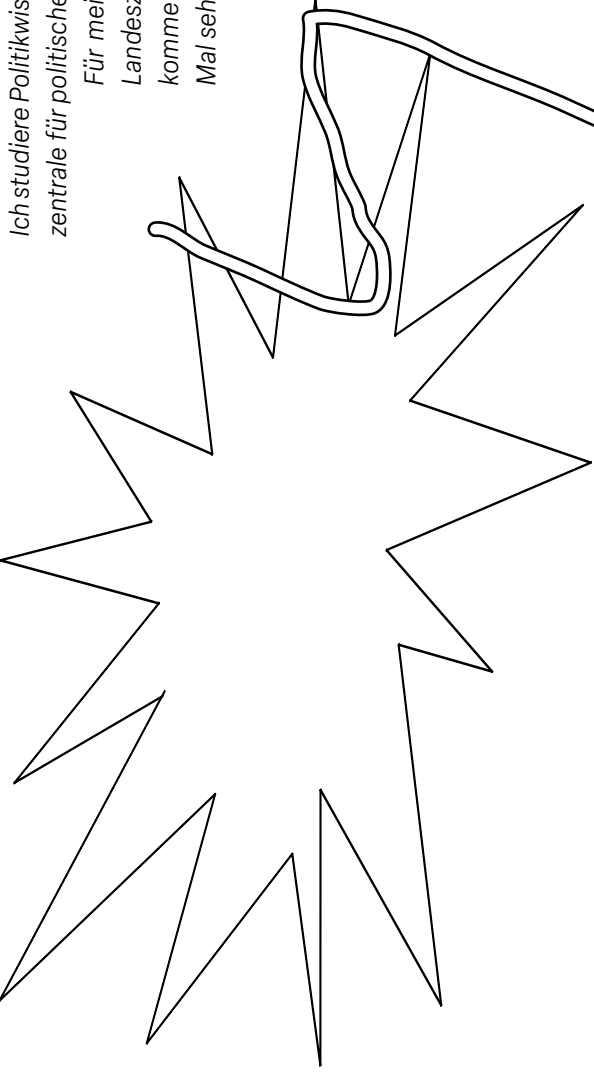
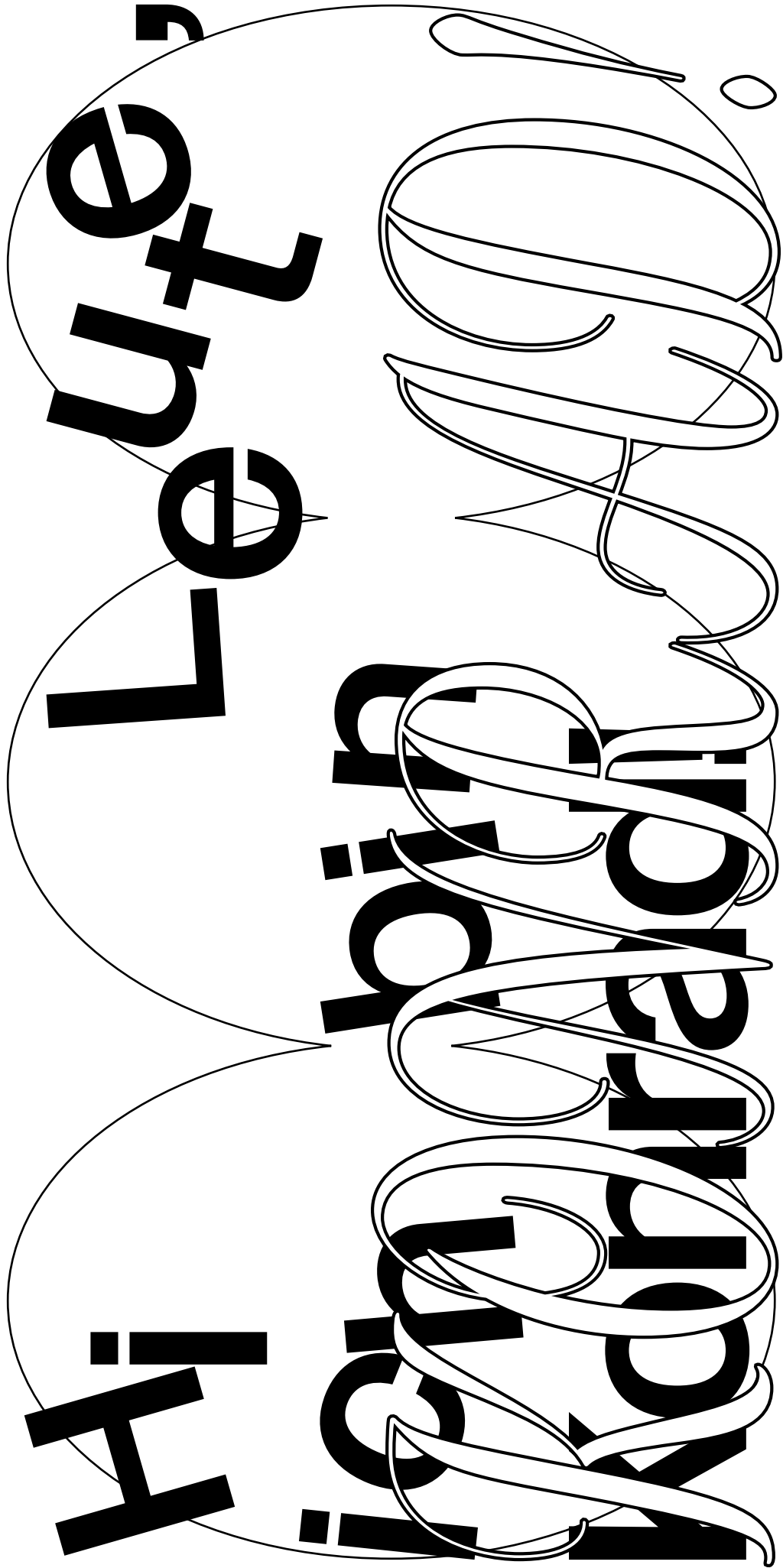




LET'S GET



to the top!

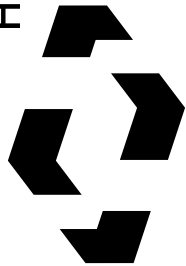


WAS MACHST DU ALS PRAKTIKANT BEI DER LANDESZENTRALE?

Mein Ziel ist es, einen möglichst umfassenden Einblick in alle Bereiche der Landeszentrale zu bekommen. Schon in den ersten Tagen durfte ich die verschiedenen Mitarbeiter*innen und ihre Aufgaben kennenlernen: von Öffentlichkeitsarbeit und Social Media über wissenschaftliche Recherche bis zur Organisation von Veranstaltungen. Ich war bei spannenden Vorträgen dabei, habe eine Schulklasse zu einem Theaterstück begleitet und beim Aufbau von Ausstellungen mitgeholfen. Klar, auch klassische Aufgaben wie Unterstützung im Infoladen oder – wie jetzt gerade – das Schreiben dieses Artikels gehören zu meiner Arbeit als Praktikant.

Was ich dabei lerne? Wie vielseitig politische Bildung sein kann und wie viel Arbeit hinter den Angeboten steckt, die oft ganz selbstverständlich wirken.

Landeszentrale für politische Bildung Hamburg



Ich studiere Politikwissenschaft an der Uni Hamburg und mache gerade mein Pflichtpraktikum bei der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg.

Für mein Studium muss ich ein 9-wöchiges Vollzeitpraktikum absolvieren – und hier bei der Landeszentrale habe ich die Chance, zum ersten Mal richtig Praxisluft zu schnuppern. Ich bekomme einen Einblick in ein spannendes Berufsfeld, das direkt mit meinem Studium zu tun hat. Mal sehen, was ich hier alles mitnehmen kann!

WAS MACHT DIE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG ÜBERHAUPT?

Die Landeszentrale gehört zur Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung und hat ein Ziel: politische Bildung für alle verständlich, aktuell und nahbar zur Verfügung zu stellen. Zum Beispiel in Form von Abendveranstaltungen zu Themen wie Postkolonialismus oder Foto- und Kunstausstellungen über Frieden und Gesellschaft sowie Stadtrundgängen, bei denen du Hamburgs Geschichte direkt vor Ort erleben kannst.

Besonders wichtig ist der Landeszentrale die Bildung junger Menschen. Deshalb gibt es auch Projekte wie dieses Magazin hier, Diskussionsrunden zwischen Schüler*innen und Jugendparteien oder die Rathausseminare, bei denen du die echte Hamburger Politik kennenlernen kannst.

Außerdem unterstützt die Landeszentrale auch andere Organisationen in Hamburg, wie kulturelle, gewerkschaftliche oder politische Gruppen und Stiftungen, mit Fördergeldern für ihre Bildungsprojekte.

WARUM DER INFOLADEN DER LANDESZENTRALE EIN GEHEIMTIPP FÜR ALLE POLITISCH INTERESSIERTEN IST!

Wer sich für politische, historische oder gesellschaftliche Themen interessiert, sollte unbedingt mal im Infoladen der Landeszentrale (Dammthorwall 1, 20354 Hamburg) vorbeischaun! Hier gibt es jede Menge spannendes Material – von Flyern und Broschüren bis hin zu wirklich teuren Büchern, von denen manche kostenlos sind und andere im Rahmen einer Pauschale von 15 Euro für fünf Publikationen bereitgestellt werden.

Ich verbringe meine Arbeitszeit gerne im Laden und stöbere durch das Angebot. Dabei entdecke ich immer wieder neue Autor*innen und Bücher, die entweder mein Studium bereichern oder einfach mein politisches Interesse anregen. Die Themenvielfalt ist riesig!

Klar, es gibt viel zu Demokratie sowie deutscher und hamburgischer Geschichte. Aber auch aktuelle Themen wie der Ukrainekrieg oder soziale Ungleichheit kommen nicht zu kurz. Für alle, die sich für internationale Themen interessieren, gibt es auch einiges zu einzelnen Ländern wie Indien oder Kuba.

Übrigens: Der Infoladen wird bald komplett umgebaut! Dann gibt's nicht nur mehr Lesepplätze, sondern auch ein digitales Angebot. Also, ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall!

»KEINE ENTSCHEIDUNG OHNE UNS AM TISCH«

TEXT: AURELIA SCHÜRMANN

DER LANDESFRAUENRAT
HAMBURG E.V. IM PORTRÄT

134 JAHRE. So lange wird es dauern, bis Männer und Frauen weltweit gleichberechtigt sein werden, wenn der Fortschritt bei der Gleichberechtigung mit derselben Geschwindigkeit wie bisher weitergeht. Ein düsteres Bild, das der Global Gender Gap Report zeichnet. Dieser betrachtet den aktuellen Stand der Gleichberechtigung weltweit innerhalb von vier Dimensionen: ökonomische Beteiligung und Möglichkeiten, Bildungsstand, Gesundheit und Überleben sowie politische Ermächtigung. Dadurch ermöglicht der Bericht einen ganzheitlichen Blick auf Gleichberechtigung. Außerdem leistet er einen wichtigen Beitrag, um herauszufinden, welche Reformen und Maßnahmen diese begünstigen oder verhindern.

Und wie sieht es mit Gleichberechtigung in Hamburg aus? Es gibt gefühlt unzählige Initiativen und Vereine, die sich in allen möglichen Dimensionen mit diesem Thema auseinandersetzen. Der Landesfrauenrat Hamburg e. V. ist jedoch besonders, denn er ist Hamburgs größte Frauen*lobby. Der Rat vertritt über 55 Hamburger Frauen*verbände und setzt sich für die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein. Dabei arbeitet er aktiv gegen Sexismus, Diskriminierung und Unterdrückung. „Gleichstellung ist ein sehr weites Feld. Deshalb haben

wir Kernforderungen [...] und versuchen [in unserer Arbeit] auch im Bereich der Kernforderungen zu bleiben“, erklärt Jarla, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und regionale Gleichstellungspolitik im Interview. Diese seien: „Keine Gewalt gegen Frauen, paritätische Besetzung der Parlamente, Gender-Mainstreaming konsequent umsetzen, Frauenarmut abbauen, das Rollenverständnis von Frauen verbessern, faire Verteilung von Care-Arbeit und die Förderung weiblicher Gesundheit.“

Der Landesfrauenrat hat verschiedene Aufgaben und existiert schon seit 1916. Durch die Struktur des Vereins als Dachverband hat der Rat politischen Einfluss und kann deshalb Lobbyarbeit betreiben. Außerdem ist er im regen Austausch mit den Landesfrauenräten anderer Bundesländer. Vor allem betreibt der Landesfrauenrat Hamburg Pressearbeit, berichtet also über aktuelle Entwicklungen von Gleichberechtigungsthemen. Darüber hinaus ist der Rat in verschiedenen Bündnissen aktiv und organisiert Kampagnen. Zusätzlich gibt es einen direkten Draht zum ersten Bürgermeister Hamburgs. Dort platzieren Vertreter*innen des Rats Themen zu einem bestimmten Termin. So nimmt er aktiv Einfluss auf Hamburgs Gleichstellungspolitik.

Mit diesem direkten Draht zur Hamburger Politik konnte der Rat schon einige Erfolge verzeichnen: Seit Februar 2025 herrscht Parität in den Hamburger Aufsichtsgremien der öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen. Dies war vor allem durch Druck aus den vielen Bündnissen möglich, die unter dem Landesfrauenrat vereint sind. Außerdem gibt der Landesfrauenrat zusammen mit dem Thinktank urban.policy Empfehlungen für eine feministische Stadtplanung. Im Abschnitt zu den aktuellen Projekten gibt es mehr Informationen dazu. In Veranstaltungen wie „Hammonias Töchter fragen nach“ können sich Hamburger*innen beispielsweise über die feministische Haltung der Hamburger Parteien informieren. Damit sorgt der Rat dafür, dass feministische Perspektiven hervorgehoben werden und in der breiten Bevölkerung Gehör finden.

Die Kernforderungen sind „Dauerbrenner“ für den Landesfrauenrat. Aber gibt es auch äußere Faktoren, wie die Bundestagswahl 2025, die beeinflussen, welche Prioritäten der Verein in Zukunft setzt? „Die Wahlergebnisse sind für uns auf jeden Fall nicht ideal. Eine erste Konsequenz sind weniger Frauen im Bundestag. Vor dem Hintergrund bleibt Parität ein wichtiges Kernthema“, sagt Jarla. Parität bedeutet die Stimmengleichheit innerhalb eines Gremiums.

Aber kann der Landesfrauenrat auch auf bundespolitische Gleichstellungsthemen reagieren? Aus Kapazitätsgründen ist das laut Jarla oft nicht möglich. Es gibt aber Ausnahmen. Manche Themen sind auf Bundesebene geregelt, aber landespolitisch auch wichtig. Deshalb lenkt der Landesfrauenrat trotzdem Aufmerksamkeit auf sie. Zum Beispiel die Regelung der Schwangerschaftsabbrüche durch den § 218 Strafgesetzbuch. Hier spielt ein wichtiges Prinzip eine Schlüsselrolle: „Keine Entscheidung ohne uns am Tisch.“ Jarla sagt, dass dieses Prinzip vor allem beim Schwangerschaftsabbruch deutlich wird: „Mehrheitlich entscheiden hier Menschen, die nicht schwanger werden können, über den Körper von Schwangeren.“ Der Rat fordert, dass Schwangerschaftsabbrüche straffrei möglich sind und Frauen aktiv in die Gesetzgebung mit einbezogen werden.

Auch der Rechtsruck bereitet dem Landesfrauenrat viel Sorge, denn: „Der Rechtsruck geht Hand in Hand mit Antifeminismus.“ Deshalb ist es wichtig, „unsere Kämpfe zu vereinen“ und sich mit anderen Gruppen und Bewegungen zusammenzuschließen. Das geht auch einher mit Austausch und dem Lernen voneinander. Laut Jarla ist es nämlich meistens so, dass viele Initiativen unter-

schiedliche Herangehensweisen an ein Thema haben oder es verschiedene Sichtweisen zu einem Thema gibt. Im Kern vereinen sich aber alle Initiativen in ihrem Bestreben um Gleichberechtigung.

Und wie sieht’s mit aktuellen Projekten aus? Jarla hebt zwei Themen besonders heraus, die im kommenden Jahr eine größere Rolle spielen sollen: feministische Stadtplanung und einen größeren Fokus auf Femizide. Ein Femizid ist „die Tötung einer oder mehrerer Frauen durch einen oder mehrere Männer, weil sie Frauen sind.“ Da es allein im letzten Jahr über 300 Femizide in Deutschland gab und laut Jarla auch im Wahlkampf wenig über die Sicherheitsbedürfnisse von Frauen diskutiert wurde, lenkt der Verein seine Aufmerksamkeit darauf.

Jarla erklärt, dass die meisten Städte an die Wege von Männern angepasst sind, also von zu Hause zur Arbeit und zurück. Frauen und andere Geschlechter haben aufgrund veralteter Rollenbilder aber oft andere Wege. Das Projekt „Gleichberechtigt mobil in Hamburg“, das vom Landesfrauenrat und urban.policy, einem Thinktank, gegründet wurde, beschäftigt sich damit, dass Stadtentwicklung die Bedürfnisse aller Geschlechter mit einbezieht. Dafür wurde das Mobilitätsverhalten von FLINTA* (Abk.: Frauen, Lesben, Interpersonen, nicht-binäre Personen, Transpersonen und agender Personen) in Hamburg untersucht und auf dieser Grundlage Vorschläge für gendergerechte Stadtentwicklung für die Hamburger Verkehrsbehörde gemacht. Manche Vorschläge sind sehr niedrigschwellig, berichtet Jarla: „Manchmal geht es nur darum zu sagen: Putzt doch mal die Lampen auf der Straße und schon wird’s besser.“

Das sind viele positive Perspektiven auf das Thema Gleichberechtigung. Aber mit Blick auf die 134 Jahre, die es noch dauern wird, bis Männer und Frauen gleichberechtigt sind, bleiben die Aussichten doch ernüchternd. Was könnte helfen? Weiter zu kämpfen und sich Tag für Tag für eine gleichberechtigte Gesellschaft einzusetzen. Denn wie die bekannte Frauenrechtlerin und Verfassungsrichterin Ruth Bader Ginsburg schon sagte: „Women belong in all places where decisions are being made.“ (zu Deutsch: Frauen gehören in alle Bereiche, in denen Entscheidungen getroffen werden.)

Ihr wollt euch im Landesfrauenrat Hamburg e.V. engagieren?



Website — <https://landesfrauenrat-hamburg.de>



Instagram — <https://www.instagram.com/lfrhamburg/>

Text: Lara Woerner

NACHHALTIG REISEN:

MIT DEM ZUG VON DEUTSCHLAND NACH MAROKKO

Text: Lara Woerner

Die Aussicht auf die Dünen der endlos wirkenden Sahara ist mehr als beeindruckend. Es ist genau der Moment, auf den ich mich so lange gefreut habe und nun bin ich endlich angekommen. Ich konnte einen wunderschönen Sonnenuntergang beobachten und hatte nach einem leckeren Abendessen die Gelegenheit, den Sternenhimmel (fast) ohne Lichtverschmutzung zu bestaunen! Doch bevor ich von diesem eindrucksvollen Erlebnis berichte, möchte ich erzählen, auf welche ungewöhnliche Weise ich nach Marokko gekommen bin.

Mit dem herannahenden Januar vergrößerte sich mein Wunsch, dem grauen Winter zu entfliehen. So stellt sich mir die Frage: Welches Reiseziel verbindet Nachhaltigkeit und ein tolles Urlaubserlebnis bestmöglich? Die Antwort lag klar auf der Hand: Marokko, im nördlichen Afrika!

Und so begann ich meine Internet-Recherche, wie ich am umweltfreundlichsten an mein Ziel gelangen könnte. Der Tourismus trägt weltweit etwa acht Prozent zu den gesamten Treibhausgasemissionen bei, wobei drei Viertel der Emissionen allein durch den Transport entstehen. Die bei einer Reise entstehenden Emissionen hängen insbesondere von Distanz und Wahl des Transportmittels ab. Aber welches Transportmittel ist klimafreundlicher: die Bahn, das Auto, Bus oder doch etwa das Flugzeug?

Mit dem Flugzeug stößt eine Person pro 100 Kilometer im Durchschnitt 23,9 Kilogramm CO₂ aus und hat damit die schlechteste Klimabilanz, weshalb ich dieses Transportmittel für meine Reise nach Marokko ausschloss. Eine Reise ohne Flug erfordert die Überfahrt mit der Fähre von Algeciras in Südspanien nach Tanger im Norden Marokkos.

Eine Autofahrt von Hamburg nach Tanger beträgt laut Google Maps 31 Stunden. Wie bei allen Transportmitteln kommt es beim CO₂-Ausstoß zusätzlich auf viele Faktoren wie Beladung, Fahrstil, Fahrzeugtyp, Auslastung etc. an. Der Pro-Kopf-Ausstoß beträgt bei einem mit fossilen Brennstoffen angetriebenem Auto im Durchschnitt 19,4 Kilogramm CO₂ pro 100 Kilometer und ist damit nur wenig besser als das Flugzeug.

Eine weitere Option ist die Reise mit dem Bus. Hier benötigt man in etwa 42 Stunden und drei Umstiege mit Busunternehmen wie Flixbus. Dies umfasst dann einen CO₂-Ausstoß von 3,2 Kilogramm pro 100 Kilometer pro Person. Im Vergleich zum Flugzeug und Auto ist diese Möglichkeit, gemessen am CO₂-Ausstoß, also deutlich nachhaltiger. Der Nachteil: Diese Art der Fortbewegung kostet viel Zeit.

Schlussendlich entschied ich mich dafür, mit dem Zug zu reisen. Dieses Transportmittel stößt drei Kilogramm CO₂ pro Person pro 100 Kilometer aus

und ist somit die umweltfreundlichste Alternative. Ein nahtloses Fahren dauert je nach Route von Hamburg bis Tanger ca. 38 Stunden. Das erschien mir machbar – auch wenn zugegebenermaßen nicht unbedingt zu meiner erhofften Erholung beitragend. Da die Strecke mit den Schnellzügen an einer Menge schöner Großstädte vorbeiführt, beschloss ich, die Reise in Etappen zu gestalten. Um möglichst flexibel und unkompliziert zu reisen, erwarb ich ein Interrailticket mit 5 Reisetagen für 239 Euro und legte auf der Hinfahrt einen Stopp in Paris und Madrid ein. Auf der Rückfahrt übernachtete ich in Barcelona. Meine Route wählte ich so, dass die reine Fahrzeit bis nach Algeciras in Spanien insgesamt 22,5 Stunden betrug. Zu beachten ist allerdings, dass die Reise mit dem Zug einiges an logistischer Organisation sowie Planung im Vorhinein erfordert und leider nicht die kostengünstigste Variante ist.

NACHHALTIG REIST ES SICH (KLIMA-)LEICHTER

Wenn bei einer geplanten Reise ein Flug unvermeidlich ist, kann man darauf achten, einen Direktflug zu nutzen, da insbesondere bei Start und Landung viel CO₂ ausgestoßen wird. Zusätzlich bietet es sich an, bei einem seriösen, zertifizierten Anbieter seine Emissionen zu kompensieren und mit effizienteren Airlines zu fliegen. Neben der Wahl eines umweltfreundlichen Transportmittels gibt es weitere Möglichkeiten, umweltfreundlicher zu reisen. Dazu gehört das Buchen von nachhaltigen Unterkünften und ressourcensparendes Verhalten, wie beispielsweise der Verzicht auf tägliche Zimmerreinigungen. Ebenso empfiehlt es sich, lokale Produkte zu konsumieren, auf eine korrekte Müllentsorgung in der Natur zu achten und stets auf markierten Wanderwegen zu bleiben.

Ich schulterte meinen Rucksack und verließ am frühen Morgen meine WG, um meine Reise mit dem Zug anzutreten. Erster Halt: Paris. Nach sieben Stunden erreichte ich die Stadt im Regen, was ein guter Kaffee mit Pain au Chocolat schnell wieder wett machte. Bereits am nächsten Morgen nutzte ich mein Interrailticket, um nach Madrid zu gelangen. Alleine nachts durch Madrid zu schlendern hatte für mich einen besonderen Flair! Die letzte Etappe mit dem Zug brachte mich nach Algeciras. Von dort aus ging es mit der Fähre (1,5-2 Stunden) auf den afrikanischen Kontinent nach Tanger.

Es ist zu beachten, dass man seinen Reisepass auf dem Schiff kontrollieren und stempeln lassen muss, da man sonst das Schiff nicht verlassen

kann. Ich war natürlich die einzige Passagierin, die das verpasst hatte. Ich musste dann zwei Stunden auf dem Schiff warten, bis der Polizist wieder kam, um meinen Pass zu kontrollieren. Währenddessen hatte ich aber eine gute Zeit mit der Schiffscrew, die mir die Steuerinstrumente des Schiffs erklärte. Nach diesem kleinen Fauxpas schaffte ich es dann doch endlich den Hafen Tanger Med, welcher der größte Hafen Nordafrikas ist, zu betreten. Ich konnte selbst kaum glauben, dass ich es nach Marokko geschafft hatte!

Gemeinsam mit einer Freundin reiste ich von hier an weiter. Für uns ging es in die Städte Chefchaouen und Fès. Hier nahmen wir den Bus als zentrales Transportmittel. Und schließlich ging es für uns in die Wüste, in der Nähe der Stadt Merzouga. Für das perfekte Instagram-Springbild vor dem Sonnenuntergang gab uns unser Guide professionelle Tipps, die wir allerdings nicht zu seiner Zufriedenheit umsetzen konnten. Übernachtet haben wir in einem Camp mit Zelten. Hier sollte man mit dicker Kleidung vorbereitet sein, denn die Temperaturen können in der Wüste nachts unter 5 Grad fallen. Früh am nächsten Morgen konnte ich nun endlich den lang erwarteten Sonnenaufgang betrachten.

IST EINE ZUGREISE NACH MAROKKO MÖGLICH?

Mit entsprechender Planung ist es möglich, auch weiter entfernte Ziele nachhaltig zu bereisen. Reiseziele, die man von Deutschland aus gut mit dem Zug erreichen kann, sind zum Beispiel die Türkei (über Österreich, Ungarn, Rumänien, Belgien, Serbien) oder sogar Peking. Abschließend kann ich es jeder Person empfehlen, die die finanziellen, zeitlichen sowie physischen Möglichkeiten hat, mit dem Zug und Interrail nach Marokko zu fahren – alles verlief reibungslos und ich hatte eine unvergessliche Reise. Vielleicht wird eine Reise nach Marokko ja auch dein nächstes Abenteuer?



TIPPS FÜRS NACHHALTIGE REISEN:



16 Wörter und ein Comic-Joke: Die Darstellung der Frauen im Film

Text: Christoph Niederkofler

„Ich will nicht fort! Ich will nicht gehen, Mama!“ – „Freda, ich werde dich dort finden! Schnell!“

Es war Filmgeschichte, die sich vor meinen Augen abspielte. Im zarten Alter von 14 Jahren kam ich an einem – zu meiner Verteidigung verregneten – Sommer-nachmittag erstmals in Berührung mit Vollkommenheit. Als mich mein bester Freund davon überzeugte, in eine mir völlig fremde Welt einzutauchen, wusste ich nicht, was mich erwarten würde.

11 Stunden und 23 Minuten der Perfektion und Brillanz später war mir klar: Näher an das (filmische) Paradies komme ich in diesem Leben nicht mehr. Wenn Sir Peter Jackson einen Ahnen im Geiste hat, ist es wohl Michelangelo – und die Filmtrilogie von Der „Herr der Ringe“ demnach sein David. Selbst Jahre später ist diese Liebe, die einst mit Beginn von Frodos atemberaubender Reise nach Mordor entflammte, nicht erloschen.

Nun fragen sich so manch kundige Leser*innen: „Das mag alles schön und gut sein, aber was will er eigentlich mit diesem wahllos eingeworfenen Zitat am Anfang?“ Tatsächlich ist die Szene mit Bedacht so prominent dargestellt. Sie liefert ein bemerkenswertes Beispiel für ein zentrales Problem, das in Filmen immer wieder auftaucht – und das mit einem simplen Test sichtbar gemacht werden kann.

Der Bechdel-Test wird in der Regel dafür herangezogen, die untergeordnete Rolle von Frauen in Filmen offenzulegen. Dabei geht es um drei simple Kriterien:

1. Gibt es mindestens zwei Frauenrollen?
2. Sprechen sie miteinander?
3. Unterhalten sie sich über etwas anderes als einen Mann?

Wird eine Prämisse nicht erfüllt, gilt der Test als nicht bestanden. Jene 16 Wörter zu Beginn des Textes stellen in „Der Herr der Ringe – Die zwei Türme“ den einzigen Dialog aus den rund 32.000 gesprochenen Wörtern der Trilogie dar, welche die Anforderungen des Bechdel-Tests erfüllen. 16 – ein Wort weniger als die Zahl an Oscars, welche die Filmreihe abgeräumt hat.

„Es ist ein einfacher und vereinfachender Test“, erklärte die dänische Regisseurin und Drehbuchautorin Anna Sofie Hartmann im Interview mit GENZ. „Er gibt einen schnellen Hinweis auf dieses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern.“ Beim Bechdel-Test handelt es sich keineswegs um eine wissenschaftliche Methode, vielmehr wurde er einst von der Comic-Zeichnerin Alison Bechdel im Jahre 1985 als „Witz“ begründet. Ganz in Anlehnung an ein Zitat aus Virginia Woolfs „A Room of One’s Own“: „All diese Beziehungen zwischen Frauen [...] sind zu einfach. [...] Aber fast ausnahmslos werden sie in ihrem Verhältnis zu Männern gezeigt.“

„Der Herr der Ringe“ soll aber nicht als Urquell allen Übels herhalten. Bis 2022 wurden auf der von einer Community geführten Website bechdeltest.com nämlich rund 10.000 Filme mittels dieser simplen Methode untersucht – und nur 57 Prozent erfüllten alle drei Kriterien. In den restlichen 43 Prozent reden Frauen, sollten sie überhaupt anwesend sein, untereinander bestenfalls über nichts anderes als Männer.

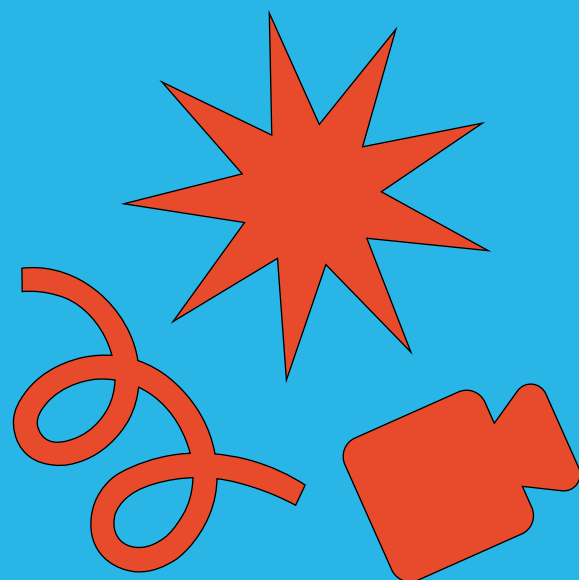
Als Absolventin der Deutschen Film- und Fernsehakademie in Berlin hat sich Hartmann bereits früh für ein Leben hinter der Kamera entschieden. Dabei kreuzte der Bechdel-Test natürlich immer wieder ihren Weg. „Ich beschäftige mich seit 25 Jahren mit Film. In dieser Zeit hat sich wenig geändert – aber es hat sich zumindest etwas geändert“, blickte sie zurück. „Ich war mal schockiert, aber das ist lange her.“ Letzten Endes

sei der Test eben „ein Tool, mit dem man ein Gespräch anfangen kann.“ Und zwar ein sehr wichtiges.

2024 war ein historisches Jahr in der Filmindustrie. Die USC Annenberg Inclusion Initiative, der weltweit führende Thinktank, der sich mit Diversität und Inklusion in der Unterhaltungsbranche befasst, belegte jüngst in einem Bericht, dass im abgelaufenen Kalenderjahr in 54 der 100 umsatzstärksten US-Filmen einem Mädchen oder einer Frau eine Hauptrolle zuteilgeworden war. Ein Jahr zuvor waren es noch 30 Prozent, in der ersten Ausgabe der Studie im Jahr 2007 wurden gar nur 20 Prozent verzeichnet. „Dies ist das erste Mal, dass wir sagen können, dass die Gleichstellung der Geschlechter bei den umsatzstärksten Filmen erreicht wurde“, meinte Stacy L. Smith, die Gründerin der Annenberg Inclusion Initiative, in einer offiziellen Mitteilung. Im Jahr 2024 hatten drei der fünf erfolgreichsten Filme ein Mädchen oder eine Frau in der Hauptrolle – einschließlich der Nummer eins des Jahres, „Inside Out 2“. Ein Wandel, der für die Gleichstellung einen großen Schritt darstellt.

Doch die Zahlen wirken auch etwas kaschierend. Sowohl der eben erwähnte Bericht als auch der Bechdel-Test lassen nämlich beim Blick auf das (Un-) Gleichgewicht zwischen Mann und Frau einen wichtigen Aspekt außen vor. „Man muss sich fragen: Wie werden Frauen in Filmen dargestellt“, merkte Hartmann an. „Sind sie agierende Subjekte oder nur helfendes Beiwerk?“ Um beim Beispiel unserer Gefährten auf ihrem Weg zum Schicksalsberg zu bleiben: „Der Herr der Ringe“ mag zwar nur in einem von drei Fällen den Bechdel-Test bestehen, die weiblichen Rollen könnten aber kaum entscheidender für den Erfolg der Protagonisten sein. Die allmächtig erscheinende Galadriel stärkt die Gefährten telepathisch, Arwen bewahrt Frodo vor dem sicheren Tod und Eowyn versetzt Sauron den tödlichen Schwertstoß. Ein Umstand, der gerade für die gesellschaftliche Bildung des jüngeren Publikums vor Bildschirm und Leinwand von Bedeutung sein kann. „Es ändert die Sehgewohnheiten der Zuschauer“, bezog sich Hartmann auf die Wichtigkeit von Kinoheldinnen. „Wenn ein neuer Film rauskommt und die elfjährigen Jungs und Mädchen eine Frau in der Hauptrolle sehen, beeinflusst das ihre Vorstellungen davon, was normal ist.“

In einer nationalen Umfrage unter 1.000 Eltern fand die US-amerikanische Non-Profit-Organisation Common Sense Media im Jahre 2017 heraus, dass das Erlernen von Geschlechterrollen aus Filmen und Serien große Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern hat. Inhalte mit gendertraditionellen Inhalten bewirken beispielsweise, dass an Stereotypen festgehalten wird, bei Mädchen darüber hinaus ein stärkeres Interesse an stereotypischen Berufen (z.B. Sekretärin, Model) und eine geringere Zufriedenheit mit dem eigenen Körper vorherrscht. Sind die Geschlechterrollen auf dem



Bildschirm „untypisch“ verteilt, bringen Mädchen beispielsweise ein größeres Interesse an männlich geprägten Berufen auf. Eine Tatsache, die eine amerikanische Aktivistin bereits vor knapp 60 Jahren anprangerte.

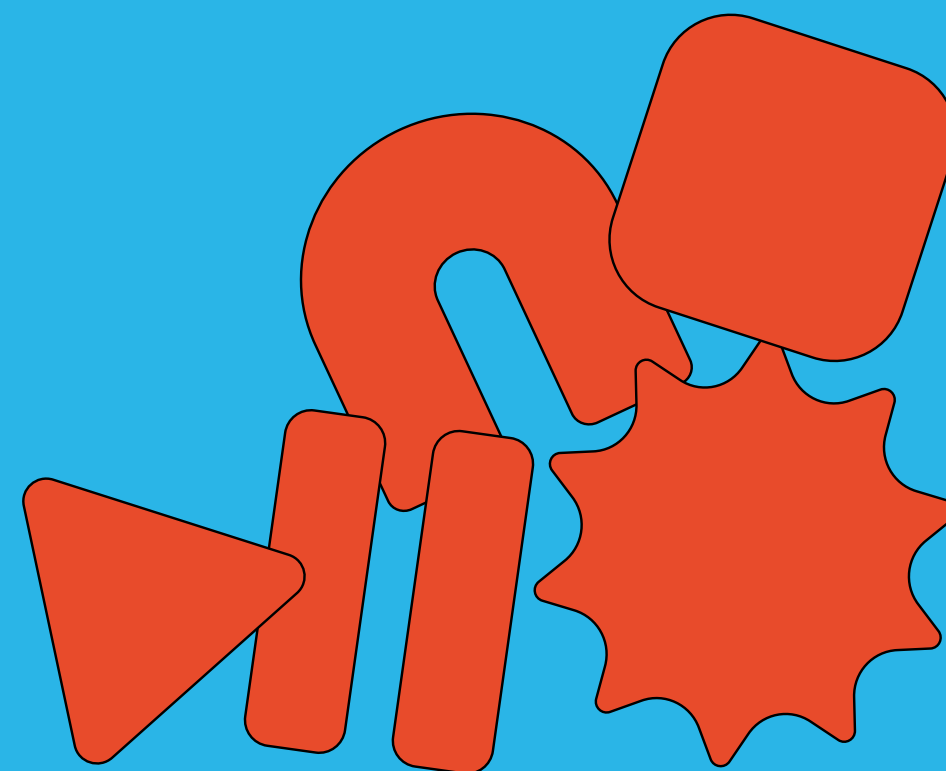
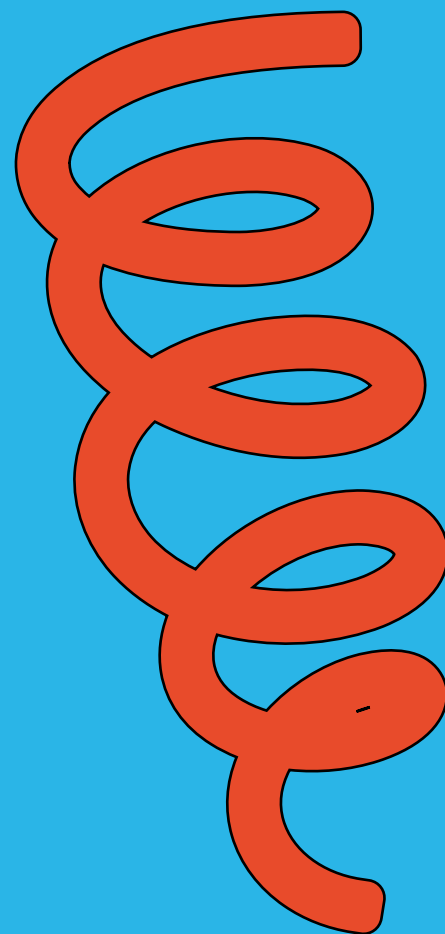
„You can’t be, what you can’t see.“ Du kannst nicht sein, was du nicht sehen kannst. Mitte der 1960er-Jahre prägte Marian Wright Edelman, die erste afroamerikanische Frau in der Anwaltskammer von Mississippi, diese Aussage. Nahezu zur selben Zeit erschien mit „Neun Leben hat die Katze“ der erste feministische Film der Bundesrepublik Deutschland – und der schrieb sich Edelmans Ansatz auf die Fahne. Der Film zeigt, wie Frauen in Beziehungen, Beruf und Gesellschaft immer wieder mit Einschränkungen konfrontiert werden und auf unterschiedliche Weise versuchen, sich daraus zu befreien. Rebellinnen im von Männern dominierten Alltag – zu jener Zeit eine neue Dimension.

„Damals war es eine extreme Erleichterung, eine Spiegelung von sich zu sehen“,

schätzte Hartmann die Bedeutung des Werks von Regisseurin Ula Stöckl ein. „Der Film war ein Spiegel für die Frauen der Zeit, die sagen: Endlich ist es wert, mein Leben auf der Leinwand zu sehen. Ich werde gesehen und ernst genommen.“ Den Ruf des Objekts der Begierde abgestreift, Probleme und Lebensrealität der Frau auf der Leinwand – das hat man zuvor noch nie gesehen. „Wenn man weitergeht, ist das für die jüngere Generation sicherlich ein Vorbild. So in die Richtung: Ich kann mich mit etwas anderem beschäftigen als mit Männern und Liebe.“ Etwas mehr als 20 Jahre nach der Veröffentlichung von „Der Herr der Ringe“ beschritt die von Amazon Prime Video produzierte Serie „Der Herr der Ringe – Die Ringe der Macht“ genau diesen Pfad. Das Fantasyabenteuer, in welchem Galadriel als klassische Protagonistin das Wiederauftauchen des Bösen in Mitteleuropa zu verhindern versucht, besteht den Bechdel-Test gleich mehrfach – und das Geschlecht wird in der Erzählung nie als Hindernis dargestellt.

Die Vielzahl weiblicher Charaktere bedeutet, dass keiner Figur die Last zugemutet wird, für die Wahrnehmung eines ganzen Geschlechts herhalten zu müssen. „Ich bin nicht wie all die anderen Mädchen“, ist ein Motto, auf welches in der Serie gänzlich verzichtet wird – im Gegensatz zu den Filmen. Vielmehr weisen die Frauen in „Die Ringe der Macht“ ein breites Spektrum an Persönlichkeiten und eigenen Erfahrungen auf, völlig losgelöst von ihrem Geschlecht. Miriel wird nicht infrage gestellt, weil sie als Frau den Thron von Númenor erben soll. Halbrand nimmt Galadriel als ebenbürtig wahr, indem er ihre überragenden Fähigkeiten am Schwert nicht mit den in der Filmgeschichte so üblichen Worten kommentiert: „Du kämpfst gut. Für ein Mädchen.“ Der Weg von Bronwyn zeigt zudem, dass eine Frau nicht immer außergewöhnlich sein muss, um in einer Geschichte einen zentralen Platz einzunehmen. Ein Anstoß für zukünftige Werke auf der Leinwand?

„Man muss diverse Geschichten anstreben“, meinte Hartmann und wollte sich schlussendlich nicht allein auf die Frauen auf der Leinwand beschränken. „Kinder, Frauen – oder Männer, die können auch weinen. Das ist eben auch ein Punkt des Feminismus: Der Kampf gegen das monotone Männerbild, das keinem guttut. Sowohl Männer als auch Frauen müssen komplexer dargestellt werden, auf der kompletten Skala mit menschlichen Gefühlen. Es gibt nicht nur Schwarz und Weiß – sondern den ganzen Regenbogen.“



INTERVIEW MIT DER STELLVERTRETENDEN REGIERUNGSSPRECHERIN CHRISTIANE HOFFMANN

Text: Felicia Holtkamp

Autorin, Journalistin, stellvertretende Sprecherin der ehemaligen Bundesregierung – Christiane Hoffmanns Arbeit ist schon immer von den tagtäglichen Nachrichtenmeldungen geprägt. Die Informationsmanipulation in den sozialen Medien und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft beobachtet sie seit Jahren kritisch. In ihrer dreieinhalbjährigen Arbeit als erste stellvertretende Regierungssprecherin ist eines ihrer zentralen Anliegen die Arbeit gegen Desinformation. Die Frage, ob es uns gelingt, die sozialen Medien zu einem demokratischen Informationsraum zu machen, hält Hoffmann für grundlegend für die Zukunft unserer Demokratie.

Im Interview mit GENZ spricht Christiane Hoffmann über Desinformation in der Generation Z: wie Emotionen schneller sein können als der eigene Verstand, warum die Gefahr von Desinformation so groß ist und wieso wir der Bundesregierung in den sozialen Medien folgen sollten.



Fotografie: Sandra Steins

»Vielleicht sind deshalb auch junge Menschen anfälliger für *DESINFORMATION*, denn die erlernen das in dem Moment ja eigentlich erst.«



FH Frau Hoffmann, wir starten mit der grundlegenden Frage: Wie kann sich Desinformation überhaupt in der Gesellschaft ausbreiten?

CH Dafür gibt es verschiedene Wege, aber heute passiert das sehr stark über die sozialen Medien.

Es gibt gezielte Kampagnen, mit denen Desinformation in der Gesellschaft gestreut wird, um das Vertrauen in die Demokratie, in die staatlichen Institutionen zu schädigen und um die Menschen so zu verwirren, dass sie am Ende gar nicht mehr wissen, was und wem sie überhaupt noch glauben sollen.

FH Gerade weil Desinformation in den sozialen Medien verbreitet wird, betrifft es uns als Generation Z besonders. Wieso sind wir so gefährdet?

CH Ich würde sagen, dass eigentlich in allen Altersgruppen eine gewisse Gefahr besteht, aber natürlich ist die Nutzung sozialer Medien in der Generation Z besonders stark.

In Studien über das Nutzungsverhalten sowie das politische Informationsverhalten wird deutlich, dass der Anteil junger Menschen, die sich über soziale Medien politisch informieren und die in sozialen Medien viel Zeit verbringen, besonders hoch ist, und damit sind sie dem natürlich auch besonders ausgesetzt. Bei älteren Menschen sehen wir, dass bereits ein bestimmtes Mediennutzungsverhalten vorliegt, basierend auf den Erfahrungen, welchen Quellen sie vertrauen können. Vielleicht sind deshalb auch junge Menschen anfälliger für Desinformation, denn die erlernen das in dem Moment ja eigentlich erst.

FH Was können wir also konkret gegen die akute Gefahr der Desinformation tun?

CH Ich glaube, es geht vor allen Dingen um Aufklärung und darum, die Resilienz der Nutzerinnen und Nutzer zu stärken, also das Bewusstsein, wie man sich selbst schützen kann. Man sollte sich als Social-Media-Nutzer bei jeder Information selbst fragen: Wie glaubwürdig ist das? Besonders bei Informationen, die einen triggern, muss man fragen, woher die kommen. Ist das vielleicht etwas, was deshalb so aufbereitet ist, um mich zu triggern, um mich emotional anzusprechen, um damit einen bestimmten Zweck zu erfüllen? Die

wichtigste Frage ist natürlich immer: Kenne ich die Quelle?

FH In diesem Zusammenhang stellt sich mir die Frage: Wo findet die Ausbildung zur Medienkompetenz nicht nur junger, sondern aller Menschen statt?

CH Einerseits ist Medienkompetenz etwas, was die Schule leisten muss, was in Lehrplänen verankert werden muss, wofür Lehrkräfte fortgebildet werden müssen. Andererseits haben auch immer Familien und Elternhäuser diese Aufgabe. Es ist auch wichtig, dass junge Menschen selbst nachfragen, Fact-Checking betreiben und überprüfen, wenn ihnen eine Information fragwürdig erscheint.

Sie sollten schauen: Gibt es eine zweite Quelle, die ich vielleicht kenne oder die mir vertrauenswürdig erscheint? Also wichtig ist schon, dass junge Menschen sich selbst als mündige Bürgerinnen und Bürger verstehen und selbst den Drang haben, sich schlau zu machen und sich nicht so leicht triggern zu lassen. Das Geschäftsmodell der sozialen Medien läuft über Aufmerksamkeit, die wiederum über Emotionen funktioniert. Wenn mich etwas emotional total anfasst, will ich dazu mehr wissen. Wenn eine Nachrichtmeldung oder ein Tweet besonders emotional ist, sollte man misstrauisch sein. Und das zu verstehen und sich dem auch zu widersetzen, das ist wichtig.

FH Da regen sich dann die Gefühle schneller, als der Verstand denken kann. Wenn man sich beispielsweise bei einem TikTok-Video aufregt und es große Emotionen in einem auslöst, kann das Nachforschen auch sehr ernüchternd sein, also die Erkenntnis, dass die Wahrheit gar nicht so krass ist.

CH Genau, das ist halt so. Es hat damit zu tun, wie der Mensch funktioniert und wie die menschliche Aufmerksamkeit angeregt werden kann. Da kann es schon einen gewissen Konflikt zwischen Verstand und Gefühl geben. Und das kann gefährlich sein.

FH Und wenn mir dann beim Konsumieren von Nachrichten, TikToks-Videos, Reels usw. etwas komisch vorkommt – welche Angebote gibt es, um Desinformation zu entlarven oder zu melden?

CH Also die Plattformen haben sich ja selbst Regeln gegeben. Selbstverpflichtungen, die beinhalten, dass sie eine ganze Reihe von Inhalten nicht verbreiten, downranken oder auch löschen. Das heißt, man muss sich dann an die Meldestellen der Plattform wenden.

FH Das wird aktuell natürlich zunehmend schwerer, da Plattformen wie X von Elon Musk oder TikTok von China beeinflusst werden. Dort sollen womöglich gar nicht Werte, die wir in Deutschland vertreten,

berücksichtigt oder Informationen, die der Wahrheit entsprechen, unterstützt werden.

CH Ja, das stimmt. Deshalb wäre ich auch bei bestimmten Plattformen grundsätzlich schon kritischer mit dem, was ich mir anschau. Aber besonders wenn es um politische Informationen geht, gibt es ja auch vertrauenswürdige Absender wie die öffentlich-rechtlichen Medien oder die Bundesregierung, die auch auf Social Media unterwegs ist. Also gibt es auch Möglichkeiten, sich in den sozialen Medien adäquat zu informieren, die auch gerade auf junge Leute zugeschnitten sind.

FH Wie beispielsweise unser Jugendmagazin GENZ von der Landeszentrale für politische Bildung. Zwinker.

CH Wie zum Beispiel da oder bei der Tagesschau auf Instagram. Also, man muss nicht zum analogen Fernsehen zurückkehren, um sich zu informieren.

FH Das Bundespresseamt bespielt die Social-Media-Kanäle der Bundesregierung täglich. Auf Instagram folgen rund 150.000 Menschen der Bundesregierung und bekommen informative Posts, Memes oder Reden von Politiker*innen der Regierung in ihre Timeline gespült. Was unternimmt die Bundesregierung darüber hinaus gegen die Ausbreitung von und auch den Glauben in Desinformation?

CH Für uns als Regierung ist es ganz wichtig, selbst glaubwürdig zu informieren, indem wir das, was die Regierung tut, gut erklären und auch für unterschiedliche Menschen in der Gesellschaft aufbereiten. Dabei sehen wir uns auch die sozialen Medien an, um im Informationsraum schnell zu erkennen, wenn Desinformation auftritt. Das haben wir in den letzten Jahren vermehrt aus Russland gesehen – verstärkt seit dem Krieg gegen die Ukraine. So können wir falsche Informationen schnell entdecken und sie widerlegen. Wichtig ist es aber auch, frühzeitig und vorausschauend aufzuklären. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 haben wir befürchtet, dass es Angriffe auf die Integrität der Wahlen geben könnte, um die Bürgerinnen und Bürger an unserer Demokratie zweifeln zu lassen. Es ist unsere Aufgabe, dann frühzeitig zu sensibilisieren.

FH Wir haben viel darüber gesprochen, was ich selbst tun kann, wenn mir Informationen komisch vorkommen. Aber wie gehe ich denn damit um, wenn meine Freund*innen oder Verwandte auf Desinformation anspringen?

CH Da sollte man am besten das Gespräch suchen, auch wenn es schwierig sein kann, und mit sachlichen Argumenten über vertrauenswürdige Quellen und Informationen überzeugen. Wir sehen in Umfragen, dass viele Menschen sich der Gefahr von Desinformation zunehmend bewusst sind. Menschen sehen, dass soziale Medien Gefahr laufen, Gesellschaften zu spalten und Aggressionen zu schüren. Das bewusste Streuen von Desinformation ist dazu da, unsere Gesellschaft auseinanderzutreiben und die Leute dazu zu bringen, dass sie sich gar nicht mehr für Nachrichten interessieren, das nennen wir News Fatigue. Aber wir brauchen natürlich das Engagement junger Menschen und deren politisches Interesse. Als Gesetzgeber müssen wir Wege finden, den Schaden von der Gesellschaft abzuwenden und eine demokratische Meinungsbildung zu bewahren. Wir sehen zunehmend, wie Gesellschaften auseinanderdriften. In der deutschen ist es zum Glück noch nicht so stark der Fall, aber in anderen Staaten sehen wir, dass die Demokratie von innen bedroht wird. Deshalb ist Desinformation ein Thema, mit dem wir uns gerade jetzt stark beschäftigen müssen.

»Man sollte sich als *SOCIAL-MEDIA-NUTZER* bei jeder Information selbst fragen: Wie *GLAUBWÜRDIG* ist das?«



Fotografie: Sandra Steins

SIND FRAUEN DIE BESSEREN PEACEKEEPER?

Text: Sophia Schweizer

Illustration: Mai Hoang



Frauen in der Außenpolitik – oft belächelt als „naive Idealistinnen“, die mit sanfter Hand den Weltfrieden herbeiführen wollen. Doch könnten genau diese Frauen der Schlüssel zu einer effektiveren und friedlicheren internationalen Politik sein? In diesem Artikel möchte ich die Idee einer feministischen Außenpolitik beleuchten, die traditionelle Machtstrukturen hinterfragt und neue Wege aufzeigt. Sind Frauen vielleicht tatsächlich die besseren Peacekeeper, oder bleibt dies eine utopische Wunschvorstellung?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, habe ich mit Elke Ferner gesprochen, der Vorsitzenden von UN Women Deutschland. Diese Organisation setzt sich weltweit für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Mädchen ein. Wer könnte also besser geeignet sein, Licht ins Dunkel dieser Thematik zu bringen?

FRIEDEN VERHANDELN – ABER BITTE GERECHT

Seit 1983 ist Elke Ferner in der Politik aktiv und hat demnach mit den unterschiedlichsten Menschen in Führungspositionen zu tun. Den größten Unterschied in der Herangehensweise an politische Themen zwischen Frauen und Männern beschreibt sie so: „Ich glaube, Frauen kümmern sich eher um das große Ganze, also um alle und nicht nur um Partikularinteressen. Und sie denken vielleicht auch die Dinge eher vom Ende her und nicht nur ganz kurzfristig von heute auf morgen. Aber natürlich haben Männer und Frauen unterschiedliche Sichtweisen, deshalb wollen wir ja eben auch Frauen zur Hälfte an den Entscheidungstischen mit dabei haben, damit die unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungswerte mit einbezogen werden können. Daraus findet sich am Ende dann eine gute Lösung für alle.“ Eine gute Lösung – es geht also vielleicht gar nicht unbedingt darum, welches Geschlecht die Entscheidungen trifft, sondern wer wie viel mitentscheiden darf. „Wenn man wirklich alle Interessen berücksichtigt und versucht einen vernünftigen Interessenausgleich zu organisieren, führt das zwangsläufig zu besseren Lösungen. Aber das geht eben nur mit allen und nicht nur, wenn eine Gruppe über die andere entscheidet.“ Logisch: Je unterschiedlicher die Menschen und ihre Bedürfnisse am Entscheidungstisch, desto herausfordernder – aber im Idealfall auch fairer – die Lösung.

FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK: IDEALISMUS ODER ECHTE CHANCE

LEITLINIEN DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK

Nachdem Schweden 2014, als erstes Land weltweit, erklärte, eine feministische Außenpolitik zu verfolgen, zog Deutschland 2021 nach. In ihrem Koalitionsvertrag hielt die damalige Bundesregierung fest, dass eine feministische Außenpolitik („Feminist Foreign Policy“) Teil ihrer Strategie sein soll. Mit dem sogenannten 3R+D-Modell soll die Stärkung der Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit und gesellschaftliche Diversität gefördert werden. Aber können solche Leitlinien wirklich zu mehr Gleichberechtigung führen? „Wenn es angewandt wird, dann wirkt das auch. Das dauert zwar manchmal ein bisschen, aber dann ist es auch nachhaltig. Die Kunst ist es, die feministische Außenpolitik so zu implementieren, dass es nicht einfach möglich ist, sie nach einem Regierungswechsel zu streichen. Das ist eigentlich das Wichtigste, denn diese drei Prinzipien (3R) sind ja eigentlich für jedes Politikfeld relevant. Wenn vielleicht einige bei dem Wort feministische Außenpolitik Pickel ins Gesicht kriegen, dann sollte man ihnen sagen: Wir machen Gleichstellung zum Leitprinzip in all unseren Politikfeldern. Am Ende ist es egal, was auf dem Klingelschild steht. Wichtig ist, dass das Richtige drin ist – die Richtung und das Ziel müssen stimmen.“



ARCHITEKT*INNEN DES FRIEDENS

Und das Ziel ist klar: Frieden! Wenn auch, angesichts der angespannten Lage weltweit, utopisch, sollte ein friedliches Zusammenleben ohne Krieg und Gewalt doch schlussendlich das sein, was wir als Menschen anstreben wollen.

Um Frieden zu sichern, greift die UN-Friedensmission. Durch die Überwachung von Waffenstillständen und die Unterstützung von Friedensverhandlungen soll ein Rückfall in die gewaltsame Konfliktaustragung verhindert werden. Um das zu gewährleisten, gibt es sogenannte Peacekeeper. Sie sind nicht einfach Soldat*innen mit blauen Helmen, die in Krisengebieten patrouillieren. Vielmehr sind sie diplomatische Akteur*innen, die versuchen, in Konfliktregionen den Dialog zwischen den Parteien zu fördern, um dadurch nachhaltigen Frieden zu ermöglichen. Natürlich erfordern Friedensmissionen vielfältige Lösungsansätze. Elke Ferner hatte zu Beginn unseres Gesprächs davon gesprochen, das „Ganzheitliche im Blick [zu] behalten“, und dass „Frauen dies deutlich häufiger täten als Männer“. Macht das Frauen also vielleicht sogar zu besseren Peacekeepern? „Ich will gar nicht sagen, Frauen machen bessere Politik als Männer. Es gibt auch Männer, die gute Politik machen, genauso wie es Frauen gibt, die schlechte machen. Aber dadurch, dass man verschiedene Interessen am Tisch sitzen hat, kommt man zu Lösungen, die nachhaltiger sind.“

Eine Friedensmission, die Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion in den Mittelpunkt stellt – ist es der feministische Ansatz, der tatsächlich zu anhaltenden Friedensprozessen beiträgt?

SPOILER: FEMINISTISCHE AUSSEN-POLITIK IST KEIN FRAUENCLUB

Studien zeigen, dass die Einbindung von weiblich gelesenen Personen in Friedensverhandlungen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Abkommen länger Bestand haben („Reimagining Peacemaking: Women’s Roles in Peace Processes“, Marie O’Reilly, Andrea Ó Súilleabháin und Thania Paffenholz, 2015). Und nicht nur das. Eine feministische Außenpolitik will auch globale Machtverhältnisse hinterfragen und patriarchale Strukturen abbauen. Denn unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe oder sexueller Orientierung sollen die Perspektiven aller Menschen berücksichtigt werden – gerade dort, wo Macht ungleich verteilt ist.



»WAS WÄRE ALSO WOHL, WENN JEDES LAND DER WELT EINE AUSSENMINISTERIN HÄTTE – WÄRE DIE WELT DANN FRIEDLICHER?«

Tatsächlich ist der Gedanke einer feministischen Außenpolitik nicht neu. Schon 1915 stand er beim Internationalen Frauenkongress in Den Haag im Zentrum der Debatten. Und doch ist er aktueller denn je: Strukturelle und patriarchale Ungleichheiten bestehen weiterhin. Weltweit werden Frauen und marginalisierte Gruppen von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen oder in ihnen unterrepräsentiert.

Was wäre also wohl, wenn jedes Land der Welt eine Außenministerin hätte – wäre die Welt dann friedlicher? „Ich könnte es mir schon vorstellen. Ich habe schon immer die steile These vertreten: Wenn mehr Frauen in der Chefetage der Banken bei der Finanzkrise gesessen hätten, wäre es so weit gar nicht erst gekommen. Frauen sind, aus welchen Gründen auch immer, nicht so risikobereit. Sie wägen eher ab, während Männer oft lieber ‚probieren‘. Und das ist sicher auch in dem Bereich der Diplomatie so, dass man auch mit einem Stück Vertrauensvorschuss den ein oder anderen Konflikt vermeiden kann.“ Das scheint nicht nur ein Gefühl zu sein. Laut der Studie des International Peace Instituts aus dem Jahr 2015 steigen

die Chancen um 35 Prozent, dass Friedensabkommen mindestens 15 Jahre halten, wenn Frauen daran beteiligt sind.

Am Ende läuft alles auf eine einfache, aber entscheidende Frage hinaus: Wer sitzt eigentlich mit am Tisch, wenn über Frieden, Sicherheit und Macht gesprochen wird? Feministische Außenpolitik will genau hier ansetzen und fordert zugleich, das Konzept weiterzudenken – intersektional. Denn Diskriminierung betrifft Menschen nicht nur ob ihres Geschlechts, sondern oft auch aufgrund anderer Merkmale wie Hautfarbe, soziale Herkunft, sexuelle Identität. Feministische Außenpolitik bedeutet also auch, diese Überschneidungen von Diskriminierung mitzudenken. Sicherheit zeigt sich nicht nur in militärischer Stärke, sondern auch in sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und dem Willen zuzuhören.

Frauen sind also vielleicht nicht per se die „besseren“ Peacekeeper, aber ihre Beteiligung zeigt, wie wichtig unterschiedliche Perspektiven und der Raum für Dialog, Vielfalt und Gerechtigkeit für einen dauerhaften Frieden sind.

Mein Kopftuch, meine Entscheidung

Text: Meral Nur Katran
Fotografie: Momen Mostafa

Muslimische Frauen und der Kampf um echte Gleichberechtigung

Fatima betritt das Büro für ihr Vorstellungsgespräch. Ihr Lebenslauf ist makellos: ein abgeschlossenes Studium, mehrere Jahre Berufserfahrung, hervorragende Qualifikationen. Doch sobald sie Platz nimmt, spürt sie die skeptischen Blicke. Ihr Kopftuch scheint mehr Gewicht zu haben als ihre Fähigkeiten. Nach einem kurzen, kühlen Gespräch verlässt sie das Gebäude mit einer Absage – eine Erfahrung, die viele kopftuchtragende Frauen in Deutschland teilen.

Selbstbestimmt über das eigene Leben und Aussehen zu entscheiden, das bedeutet Gleichberechtigung – doch trifft das wirklich auf alle zu? Muslimische Frauen mit Kopftuch sehen sich nicht nur mit gesellschaftlichen Vorurteilen konfrontiert, sondern auch mit gesetzlichen Hürden, die ihnen den Zugang zu bestimmten Berufen und Bildungswegen erschweren. Kann echte Gleichberechtigung erreicht werden, wenn ein Kleidungsstück über berufliche Chancen entscheidet? Ein Blick auf Diskriminierung, Selbstbestimmung und die rechtliche Lage in Deutschland.

Eine Absage nach einem Vorstellungsgespräch ist für Fatima nicht neu. Bereits während ihres Studiums wurde sie oft unterschätzt. In Interviews für Praktika wurde ihr wiederholt nahegelegt, das Kopftuch abzugeben, um „bessere Chancen“ zu haben. Doch Fatima entschied sich dagegen. Ihre Überzeugung und ihr Glaube sind für sie ein Teil ihrer Identität. Sie wollte nie akzeptieren, dass ihre Kleidung wichtiger sein könnte als ihr Wissen und ihre Kompetenz. Doch die Realität zeigt: Ihre Entscheidung führt zu Nachteilen, die nicht auf ihrer Leistung, sondern auf Vorurteilen basieren.

Fatima erinnert sich an eine andere Begegnung: Sie war noch in der Schule, als ihre Lehrerin sie fragte, ob sie das Kopftuch wirklich freiwillig trage. „Du bist so klug, Fatima. Willst du dich wirklich selbst einschränken?“, sagte sie. Damals verstand Fatima nicht, warum sie als eingeschränkt betrachtet wurde. Sie fühlte sich frei – bis sie merkte, dass andere sie nicht als frei wahrnahmen. Das Kopftuch wird vermehrt als Symbol der Unterdrückung gesehen. In der Gesellschaft dominiert oft die Vorstellung, dass Frauen zum Tragen gezwungen werden. Dabei finden diejenigen, die es aus Überzeugung tragen, kaum Gehör.

Im Rahmen dieser Untersuchung habe ich eine Umfrage unter 30 Frauen durchgeführt, die dem muslimischen Glauben angehören:

96,7 %
der Befragten kennen Frauen,
die ein Kopftuch tragen

86,7 %
haben bereits Diskriminierung
gegenüber Kopftuchträgerinnen
erlebt

100 %
glauben, dass Kopftuchträgerinnen
im Berufsleben benachteiligt
werden

Die Ergebnisse aus meiner Umfrage spiegeln sich auch in wissenschaftlichen Studien wider. Die Ökonomin Doris Weichselbaumer führte eine Untersuchung im Jahr 2016 durch, bei der sie fast 1.500 fiktive Bewerbungen an deutsche Unternehmen verschickte. Das Ergebnis war alarmierend: Während Bewerberinnen mit einem typisch deutschen Namen wie Sandra Bauer in 18,8 Prozent der Fälle zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurden, erhielten identische Bewerbungen unter dem türkischen Namen Meryem Öztürk nur in 13,5 Prozent der Fälle eine Einladung. Trug die fiktive Bewerberin auf dem Foto zudem ein Kopftuch, sank die Einladungsrate drastisch auf lediglich 4,2 Prozent. Fatima hat ähnliche Erfahrungen gemacht. Nach zahlreichen Bewerbungen, die unbeantwortet blieben, begann sie, sich zu fragen, ob es an ihr lag. Sie optimierte ihren Lebenslauf, besuchte Bewerbungstrainings – doch erst als sie eine Bewerbung ohne Foto verschickte, wurde sie zu einem Gespräch eingeladen. Ihr Kopftuch war verschwunden – und plötzlich schien sie kompetent genug. Fatima weiß, dass ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur von ihrer Qualifikation abhängen. In Deutschland bestehen weiterhin gesetzliche Einschränkungen für kopftuchtragende Frauen, insbesondere im öffentlichen Dienst. Während Lehrerinnen in fast allen Bundesländern – mit Ausnahme von Berlin – grundsätzlich ein Kopftuch tragen dürfen, gelten für Richterinnen und Staatsanwältinnen strengere Regelungen. In den meisten Bundesländern ist ihnen das Tragen eines Kopftuchs im Gerichtssaal untersagt. Diese Vorschriften orientieren sich an den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, das zwar festgestellt hat, dass pauschale Kopftuchverbote verfassungswidrig sind, jedoch Ausnahmen im Einzelfall – etwa zur Wahrung der staatlichen Neutralität – zulässt. Trotz der höchstrichterlichen Entscheidungen halten sich solche Einschränkungen auf Landesebene hartnäckig.

» *Sie tun genau das,
was sie uns vorwerfen:
Sie unterdrücken
uns.* «

Eine Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) aus dem Jahr 2016 zeigt, dass Frauen mit Kopftuch auf dem deutschen Arbeitsmarkt stark benachteiligt werden – sie müssen bis zu viermal so viele Bewerbungen schreiben wie vergleichbare Bewerberinnen ohne Kopftuch. Besonders im öffentlichen Dienst stehen sie vor der Entscheidung zwischen Beruf und religiöser Identität. Denn in bestimmten Berufen – etwa bei Richterinnen oder Polizistinnen – ist das Tragen religiöser Symbole in einigen Bundesländern untersagt. Der Staat begründet dies mit der Neutralitätspflicht, die im Grundgesetz festgeschrieben ist und im Einzelfall gegen die Religionsfreiheit abgewogen werden muss. Kritiker*innen bemängeln, dass die Neutralitätspflicht oft einseitig ausgelegt wird: Christliche Symbole wie das Kreuz sind erlaubt, das Kopftuch hingegen gilt als problematisch.

Fatima erlebt diese Doppelmoral täglich. Während sie sich auf ihre nächste Bewerbung vorbereitet, fragt sie sich, ob sie diesmal fair behandelt wird. Sie weiß, dass ihr Kopftuch kein Hindernis sein sollte – doch die Realität sieht oft anders aus.

Die Gründe, ein Kopftuch zu tragen, sind so vielfältig wie die Frauen selbst. Für viele ist es Ausdruck ihres Glaubens, für andere ein Zeichen der eigenen Identität. Gleichzeitig existiert auch Druck – in beide Richtungen. In der von mir durchgeführten Umfrage zeigen sich folgende Ergebnisse:

24 von 30
Befragten glauben, dass Frauen in Deutschland frei über ihr
Kopftuch entscheiden können

9 von 30
gaben jedoch an, sich in irgendeiner Weise unter Druck
gesetzt zu fühlen – sei es, das Kopftuch zu tragen oder es
abzulegen

Für Fatima fest: Das Kopftuch ist ein Teil von ihr. Sie hat sich bewusst für das Kopftuch entschieden, doch auch sie kennt das Gefühl des gesellschaftlichen Drucks. Nicht selten wird sie gefragt, ob sie nicht „freier“ wäre ohne Kopftuch. Solche Bemerkungen ignorieren ihre Selbstbestimmung und reduzieren sie auf ihr äußeres Erscheinungsbild. Eine Teilnehmerin der Umfrage sagt: „Unterdrückt werden jene, die gezwungen werden, das Kopftuch während der Arbeit abzulegen. Das ist Diskriminierung. Sie tun genau das, was sie uns vorwerfen: Sie unterdrücken uns.“

Natürlich gibt es auch Frauen, die berichten, dass sie zum Tragen eines Kopftuchs gezwungen werden – und das darf nicht ignoriert werden. Doch wie vermeidet man eine einseitige Darstellung? Die Mehrheit der Befragten sieht das Kopftuch als persönliche Entscheidung, die weder romantisiert noch stigmatisiert werden sollte. Fatima wünscht sich einen differenzierteren Diskurs. Sie möchte nicht länger auf ihr Kopftuch reduziert werden, sondern in ihren Kompetenzen gesehen und anerkannt werden. Ihr Ziel ist es, in einer Gesellschaft zu leben, in der Frauen unabhängig von ihrer Kleidung gleiche Chancen haben.

Die Ergebnisse meiner Recherche und meiner Umfrage verdeutlichen, dass Kopftuchträgerinnen in Deutschland weiterhin auf Vorurteile, gesetzliche Einschränkungen und alltägliche Diskriminierung stoßen. Gleichzeitig gibt es keine einheitliche Antwort auf die Frage, warum Frauen sich für oder gegen das Kopftuch entscheiden – es ist eine individuelle Wahl, die respektiert werden sollte. Wirkliche Gleichberechtigung bedeutet, dass jede Frau selbst entscheiden kann – ohne Druck, ohne Vorurteile und ohne berufliche Einschränkungen. Solange ein Stück Stoff darüber bestimmt, welche Möglichkeiten eine Frau hat, bleibt Gleichberechtigung ein Ideal, das noch nicht erreicht ist.

01

Johanna von Kirchbach, 18

02

Maryam El Ouadhane, 24

03

Tillmann Iwersen, 26

04

Matthis Sell, 25

05

Eirik Boettcher, 18

06

Carlotta Hensel, 25

07

Hannah Meyer, 22

08

Yvonne Krol, 31

09

Konrad Glöer, 22

10

Aurelia Schürmann, 27

11

Lara Woerner, 25

12

Christoph Niederkofler, 27

13

Felicia Holtkamp, 23

14

Mai Hoang, 30

15

Meral Nur Katran, 19

16

Markus Hengelhaupt, 32

17

Sophia Schweizer, 26

Hier findest du das gesamte Redaktionsteam der 7. Ausgabe GENZ. Wir hoffen, dir haben die Artikel gefallen. Wir sehen uns bei der nächsten Ausgabe GENZ. Let's Get This!

Team

68

69

GENZ #07

Care-Arbeit → S. 04/46

Care-Arbeit umfasst – oft unbezahlte – Tätigkeiten, die für das Wohlergehen anderer Menschen und den Alltag notwendig sind – zum Beispiel Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Haushaltsführung, Kochen oder Putzen. Überwiegend wird diese Arbeit von Frauen übernommen und gesellschaftlich wenig anerkannt, obwohl sie unverzichtbar ist.

Gender-Pay-Gap → S. 04

Der Gender-Pay-Gap bezeichnet den durchschnittlichen Unterschied im Einkommen von Männern und Frauen. Er zeigt, wie ungleich Bezahlung auch heute noch verteilt ist – oft verdienen Frauen bei gleicher oder vergleichbarer Arbeit weniger als Männer.

Flüchtlingsstatus → S. 08

Der Flüchtlingsstatus wird Menschen zuerkannt, die wegen Verfolgung zum Beispiel aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder politischen Meinung aus ihrem Heimatland fliehen mussten. Er gibt ihnen Schutz und bestimmte Rechte – etwa auf Unterkunft, Sicherheit und Unterstützung.

Asylverfahren → S. 08

Das Asylverfahren ist ein rechtlicher Prozess, bei dem geprüft wird, ob eine geflüchtete Person in einem Land Schutz erhält. Dabei wird untersucht, ob sie unter Verfolgung leidet und ob ihr ein Aufenthalt nach den Asylgesetzen zusteht.

Intersektionalität → S. 08

Intersektionalität beschreibt, wie verschiedene Formen von Diskriminierung – zum Beispiel wegen Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft oder Behinderung – zusammenwirken und sich gegenseitig verstärken können. Der Begriff hilft, komplexe Ungleichheiten besser zu verstehen.

Verschwörungsmythen → S. 10

Verschwörungsmythen sind falsche Erzählungen, die beispielsweise behaupten, geheime Mächte würden im Verborgenen die Welt steuern. Sie bieten einfache Antworten auf komplexe Probleme und können demokratiefeindlich sein. Sie sind gefährlich, da sie Hass und Misstrauen schüren.

Desinformation → S. 10

Desinformation bedeutet, dass absichtlich falsche oder irreführende Informationen verbreitet werden – oft, um Meinungen zu manipulieren, Ängste zu schüren oder Vertrauen in Medien und Politik zu untergraben.

Internetblasen → S. 10

Internetblasen – auch „Filterblasen“ genannt – entstehen, wenn Algorithmen in sozialen Medien uns hauptsächlich Inhalte zeigen, die unserer Meinung ähneln. So sehen wir kaum noch andere Perspektiven, was das eigene Weltbild verzerren kann.

Geschlechtsidentität → S. 14

Als Geschlechtsidentität (Gender) wird das beschrieben, was jede*r Einzelne über das eigene Geschlecht weiß. Dieses Wissen lässt sich weder beeinflussen noch ändern und kann niemandem aufgezwungen werden. Woher das innere Wissen um die eigene Geschlechtsidentität kommt, weiß niemand sicher. Wie viele Geschlechter gibt es? Mit einer Zahl kann diese Frage nicht beantwortet werden. Fest steht: Nicht alle Menschen sind Männer oder Frauen. (übernommen aus vorherigen Magazin)

Nicht-binär → S. 14

Die klassischen Geschlechtsidentitäten Mann und Frau können als Pole angesehen werden, zwischen denen es ein weites Spektrum an Möglichkeiten gibt. Personen, die sich zwischen diesen Polen bewegen, bezeichnen sich unter anderem als nicht-binär/non-binary oder genderqueer.

Geschlechtsneutrale Pronomen wie „dey“, „xier“ → S. 14

Geschlechtsneutrale Pronomen wie „dey“ oder „xier“ werden von Menschen verwendet, die sich nicht (nur) als männlich oder weiblich verstehen. Sie helfen, Sprache inklusiver zu machen und alle Geschlechtsidentitäten sichtbar zu machen – auch außerhalb der klassischen Einteilung in „er“ und „sie“.

Selbstbestimmungsgesetz → S. 14

Das Selbstbestimmungsgesetz soll es Menschen erleichtern, ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag im amtlichen Register zu ändern – ohne langwierige Gutachten oder Gerichtsverfahren. Es stärkt das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung, insbesondere für trans, nicht-binäre und inter Personen.

Bildungsgerechtigkeit → S. 20

Bildungsgerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Hintergrund – die gleichen Chancen auf gute Bildung haben. Sie ist ein wichtiges Ziel in einer fairen und inklusiven Gesellschaft.

Chancengleichheit → S. 34

Chancengleichheit meint, dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben sollen, sich zu entwickeln – zum Beispiel in Bildung, Beruf oder Politik. Damit das gelingt, müssen oft bestehende Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Jugendmitwirkungsgesetz → S. 34

Das Jugendmitwirkungsgesetz regelt, wie junge Menschen bei politischen Entscheidungen mitreden und mitgestalten können. Es verpflichtet Kommunen und Länder, Jugendbeteiligung ernst zu nehmen und strukturell zu verankern.

Zukunftebildung → S. 38

Zukunftebildung ist ein Bildungskonzept, das junge Menschen befähigt, aktiv und kritisch über mögliche Zukünfte nachzudenken – besonders im Hinblick auf Klimakrise, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Wandel. Es geht darum, Handlungsspielräume zu erkennen und Zukunft mitzugestalten.

Global Gender Gap Report → S. 46

Der Global Gender Gap Report wird jährlich vom Weltwirtschaftsforum veröffentlicht und vergleicht die Gleichstellung der Geschlechter weltweit – zum Beispiel bei Bildung, politischer Teilhabe, Gesundheit und Einkommen.

Sexismus → S. 46

Sexismus ist die Abwertung oder Benachteiligung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. Er zeigt sich in Vorurteilen, Witzen, ungleicher Bezahlung oder Gewalt – und betrifft vor allem Frauen und queere Personen.

Parität (Parität bedeutet die Stimmengleichheit innerhalb eines Gremiums) → S. 46

Parität bedeutet, dass in Gremien – wie zum Beispiel Parlamenten – Männer und Frauen (oder verschiedene Geschlechter) gleich stark vertreten sind. Sie gilt als wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichstellung in der Politik.

FLINTA* → S. 46

FLINTA* steht für Frauen, Lesben, Interpersonen, nicht-binäre Personen, Transpersonen und agender Personen. Der Begriff macht deutlich, dass Diskriminierung nicht nur Frauen, sondern viele geschlechtliche Identitäten betrifft – und will Räume schaffen, in denen sich diese Personen sicher und gehört fühlen.

Treibhausgasemissionen → S. 48

Treibhausgasemissionen entstehen, wenn klimaschädliche Gase – wie CO₂ oder Methan – in die Atmosphäre gelangen, zum Beispiel durch Industrie, Verkehr oder Landwirtschaft. Sie tragen wesentlich zur Erderwärmung bei.

Klimabilanz → S. 48

Die Klimabilanz zeigt, wie viel Treibhausgase eine Person, ein Unternehmen oder ein Land verursacht – und ist damit ein Maßstab für die Auswirkungen auf das Klima. Ziel ist es, die Klimabilanz so klimafreundlich wie möglich zu gestalten.

**GENZ – das Jugendmagazin der Landeszentrale
für politische Bildung Hamburg**
Ausgabe 7 | Sommer 2025

HERAUSGEBER
Landeszentrale für politische Bildung (LZ Hamburg)
Dammthorstraße 14, 20354 Hamburg
Tel. 040 42823-4810

CHEFREDAKTEURIN & KOORDINATION
Felicia Holtkamp

CO-CHEFREDAKTEUR
Alex Frieling

ART DIREKTORIN & LAYOUT
Maraia Jakimov

FOTOGRAFIE COVER/BILDSTRECKE
Jannis Langer

MODELS COVER/BILDSTRECKE
Lara Hayck, Aaron Henes, Sophie Oehlckers,
Marie Ostheim, Leonie Schult, Matthis Sell

ILLUSTRATOR*INNEN
Mai Hoang, Maraia Jakimov, Yvone Krol, Wadim Petunin

LEKTORAT
Monika Halbinger

SCHLUSSREDAKTION
Markus Hengelhaupt

DRUCK
Max Siemen KG

Dieses Magazin wurde klimaneutral gedruckt

AUFLAGE
2.500 Exemplare

REDAKTIONSANSCHRIFT
Behörde für Schule und Berufsbildung
Landeszentrale für politische Bildung
Markus Hengelhaupt | GENZ
Dammthorstraße 14
20354 Hamburg
moin@genz-hamburg.de

kostenfrei erhältlich im Shop der Landeszentrale
für politische Bildung Hamburg: Dammthorwall 1, 20354
Hamburg und online unter genz-hamburg.de

HIER GEHT'S ZU UNSERER WEBSITE:



Das Quellenverzeichnis findet ihr auf
unserer Website

WIR FREUEN UNS ÜBER FEEDBACK!

Wie hat dir GENZ 07 gefallen? Was können wir
beim nächsten Mal besser machen? Schreib uns
unter moin@genz-hamburg.de

Wir bedanken uns bei allen Menschen, die mit
großartigem Input, vielen Zoom-Meetings, guten
Ratschlägen und großem Vertrauen GENZ 07
möglich gemacht haben! Ihr seid einfach Zuper!



Demokratie braucht politische Bildung und mutige Ideen. Mach dich auf den Weg und mische mit.

Generation Z – das sind TikToks, Sauerteigbrote, Powernaps, Rennräder, Astro-Talks, Siebträgermaschinen, Overthinking und Marathons. Aber wir wollen mehr als das. GENZ fragt, was uns bewegt, hört dahin, wo andere weghören und gibt Themen Raum, die sonst untergehen. Wir wollen neugierig fragen, laut denken und kreativ bleiben, um uns mit den brennenden Fragen unserer Generation auseinanderzusetzen.

Dabei klären wir über die Gefahren von Desinformation auf, lassen junge politische Stimmen aus Hamburg zu Wort kommen, nehmen euch mit auf eine Zugfahrt nach Marokko und setzen uns mit den verschiedenen Perspektiven der Gleichberechtigung auseinander. Gleichberechtigung bedeutet, dass alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Identität – die gleichen Rechte und Chancen haben sollen. Dieses Grundprinzip in demokratischen Gesellschaften wollen wir näher betrachten.